

PROTOKOLL

*über die 2. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 13. November 1997, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberge, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, Gerald Hackl, Belinda Kastlunger

PROTOKOLLFÜHRER:

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Behandlung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) BauGru-50/97 Architektenwettbewerb Volksschule Resthof; Antrag auf Durchführung des Wettbewerbes bzw. Vergabe und Mittelfreigabe für diesbezügliche Ausschreibung; Vorprüfung und Modellerstellung
- 2) Fin-136/95 Bedarfszuweisungsmittel für die Jugendkulturhausadaptierung; Weiterleitung einer Landesförderung
- 3) Fin-110/97 Nachtragsvoranschlag 1997

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 4) K-139/97 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1997

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 5) Stw-78/97 Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Kollergasse und Zufahrt Blümelhubervilla; Erdgasanschließung Weinzierlstraße (Teil); Auftragsvergaben
- 6) Stw-79/97 Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Neustraße und Ottokarstraße; Auftragsvergaben
- 7) Stw-82/97 Städtischer Verkehrsbetrieb; Ankauf von zwei Stück Niederfleromnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von zwei Gebrauchtfahrzeugen
- 8) Bau5-3862/88 Generalsanierung Hallenbad; Auftragserhöhung

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 9) K-1/97 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1997 - 2. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“
- 10) BauT-2/96 Errichtung Kanalanschluß Sortieranlage Firma Waizinger in Hausleiten; Endabrechnung; Auftragserhöhung
- 11) Bau6-28/93 Kanalisation Christkindlsiedlung; Straßenverbreiterung Bau3-27/93 Marsstraße - Hoferberg; Vergabe der Arbeiten
- 12) BauGru-79/96 Bebauungsplan Nr. 39 - Änderung Nr. 4 - „Stadlmayr-Gründe“
- 13) Bau6-6673/92 Baumaßnahmen Steyrdorf, 3. Teil; Oberflächengestaltung Bau3-7370/92 der Sierninger Straße, Mittlere Gasse bis Pfefferlberg; Auftragserweiterung
- 14) Ges-34/96 Straßenbenennung „Leeber-Gründe“
- 15) BauStr-24/97 Straßenbau „Carl Hans-Watzinger-Straße“; Vergabe der Arbeiten.
- 16) Bau6-4840/83 Kanalisation Einzugsgebiet FIII/FI; Bereich Weinzierl-, Wolfen-, Feld-, Steiner- und Hochstraße; Kanal-TV-Kamerauntersuchungen; Vergabe der Arbeiten
- 17) BauT-3/97 Errichtung Kanalanschluß und Pumpwerk Reithoffergebäude; Auftragserhöhung

Dringlichkeitsantrag;

Resolution betreffend die Erhaltung der Trollmannkaserne in Steyr

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie sehr herzlich.

Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit

gegeben ist.

Als Protokollprüfer sind mir Herr GR Martin Fiala und Frau GR Beatrix Toman gemeldet. Nehmen die beiden Herrschaften diese Funktion an? Danke sehr. Das, bitte dem Protokoll anzufügen.

Zu Pkt. 2, **Behandlung von allfälligen Anfragen**, darf ich mitteilen, daß Frau Gemeinderätin Maria Koppensteiner mit Schreiben vom 6. 11. 1997 eine Anfrage an mich gerichtet hat. Aufgrund der Ressortzuständigkeit ersuche ich nun Herrn Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter, diese zu verlesen und auch die Beantwortung vorzunehmen:

VIZEBÜRGERMEISTER

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse, Zuhörer! Zur Anfrage von Frau GR Maria Koppensteiner, die ein Schreiben an den Herrn Bürgermeister richtete; ich verlese die Anfrage:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit Jahren ist der bedauerliche Zustand, in dem sich die rund 30 Jahre alte Lehrküche der Hauptschule Taschlied am Tabor befindet, den Verantwortungsträgern bekannt.

Anlässlich einer lebensmittelpolizeilichen Revision der Fachabteilung für Lebensmittelpolizei und Marktangelegenheiten am 22. 10. 1997 wurden gravierende Mängel der o. a. Lehrküche festgestellt und der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung als Verwalterin des Schulgebäudes die ehestmögliche Behebung aufgetragen.

Mit Schreiben vom 27. 10. 1997 ersuchten die beiden Leiter der Hauptschulen am Tabor Herrn BSI Hack um Erteilung einer Weisung hinsichtlich weiterer Maßnahmen.

Am 30. 10. 1997 erteilte Herr BSI Hack die telefonische Weisung, daß der Hauswirtschaftsunterricht ab sofort nur mehr im theoretischen (!) Bereich durchzuführen ist.

Am 3. 11. ersuchten die Leiter der Hauptschulen am Tabor Herrn Tatzreiter als zuständigen Vizebürgermeister um umgehende Mitteilung, wie das Problem direkt und ohne Zeitverzögerung gelöst werden kann.

Gem. § 12 Abs. 2 StS i. V. m. § 10 GOGR richte ich daher an den für Liegenschaften zuständigen Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter sowie an den für Schulangelegenheiten zuständigen Stadtrat Gerhard Bremm folgende

Anfrage:

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden ihrerseits zur unausweichlichen Generalsanierung bzw. Erneuerung der Lehrküche Tabor bis heute unmittelbar gesetzt bzw. welche haben sie in die Wege geleitet?
2. Zu welchem konkreten Zeitpunkt ist mit der Wiederaufnahme eines regulären Hauswirtschaftsunterrichtes in der Hauptschule Taschlied zu rechnen?

3. Verfügen sie über entsprechende Bestandspläne der Pflichtschulen, aus denen der Zustand der Gebäude und ihrer Einrichtung sowie die zu erwartenden notwendigen Investitionen konkret hervorgehen?

4. Welche konkreten Maßnahmen werden sie für die Zukunft ergreifen, um derartige Vorkommnisse auszuschließen?

Aufgrund der besonderen Dringlichkeit der Situation ersuche ich um Beantwortung der vorstehenden Fragen in der nächsten Gemeinderatssitzung am 13. 11. 1997.“

Hiezu darf ich folgendes berichten:

Aufgrund der Tatsache, daß die in Rede stehende Schulküche ca. 28 Jahre alt ist - wir kennen sie ja, wir wissen zum Teil noch die damalige Eröffnung, welches großes Ereignis das in Steyr war -, wurde sie im Laufe dieser Zeit nach der gegebenen Notwendigkeit zum Teil ergänzt und instand gehalten. Es erscheint jedoch zweckmäßig, diese Küche in den nächsten Jahren sukzessive zu erneuern, zumal die relativ hohen Kosten für eine Generalsanierung aus wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar erscheinen.

Bei dem nunmehr am 10. 11. 1997 abgehaltenen Lokalaugenschein sind folgende Personen über Einladung von BSI Heinz Hack erschienen: Vizebgm. Leopold Tatzreiter, StR. Gerhard Bremm, GR Maria Koppensteiner, Dir. Hermann Demmelmayr, Dir. Ernst Schlemmer, Dr. Reinhard Nones; von der Lebensmittelpolizei: Rudolf Fixl, Hans Sommer, Werner Haiberger, Harald Wiedemann und 2 Hauswirtschaftslehrerinnen bzw. AR. Auer Herbert (für die Liegenschaft zuständig).

Hier wurde bei den Gesprächen diese Sache, was die Fragen anbelangt, noch einmal aufgerollt. Herr BSI Heinz Hack sowie Frau FI Theresia Czezetka (LSR. OÖ.) sind nicht anwesend gewesen, das heißt, sie sind nicht erschienen. Es war eine Terminmißstimmung, wenn ich das so sagen darf, also es hat weder mit dem 10. noch mit dem 11. zusammengestimmt, weil wir waren für den 10. und die Frau Fachinspektor bzw. der Bezirksschulinspektor für den 11. eingeladen.

Seitens SR Dr. Reinhard Nones wurde festgestellt, daß aufgrund des derzeitigen Zustandes aus hygienischer Sicht eine Sperre der Schulküche für den Unterricht nicht notwendig ist, sofern die gebotene Sorgfalt bei der Aufbewahrung von verschiedenen Lebensmitteln, z.B. Trennung von Salat und Eiern in den Kühlschränken - das war eigentlich der Anlaß der Diskussionen, wegen der Salmonellen -, eingehalten wird. Es kann daher aus lebensmittelpolizeilicher Sicht der Unterricht jederzeit wieder aufgenommen werden.

Die seitens Frau GR Koppensteiner in der Anfrage erbetenen Antworten auf die Fragen 1 - 4 können daher kurz folgendermaßen beantwortet werden:

ad 1 Erneuerung der Küche nach Aufnahme der Finanzmittel für die Voranschläge 1998 und 1999.

ad 2 Regulärer Hauswirtschaftsunterricht kann jederzeit wieder aufgenommen werden (lt. Amtsarzt Dr. Nones); lebensmittelpol. Vorschriften sind jedoch einzuhalten.

ad 3 Der Zustand des Gebäudes und der Einrichtungen ist bekannt und wird nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten verbessert.

ad 4 Der praktische Hauswirtschaftsunterricht wurde nicht über Veranlassung des Schulerhalters eingestellt.

Abschließend wird bemerkt, daß am 11. 11. 1997 nochmals - ich habe es vorhin schon erwähnt - ein Lokalaugenschein im Beisein von Herrn BSI Heinz Hack und Frau FI Theresia Czezetka durchgeführt wurde, über dessen Ergebnisse erforderlichenfalls wiederum (evtl. wegen Dringlichkeit mündlich) an das Büro des Magistratsdirektors berichtet werden wird.

Ich darf in diesem Zusammenhang anmerken, daß wir uns auf eine Sanierung geeinigt haben. Der Gasherd wird sofort abgeschlossen - oder er ist schon abgeschlossen, ich hoffe es, Frau Gemeinderätin -, weil er schlecht zündet. Das war eine Situation, wo irgendwann einmal unter Umständen von einer Explosion die Rede sein könnte.

Das zweite ist eine Nachbeschaffung anderer Kochmöglichkeiten. Das heißt, die Herde wurden ausgewechselt, Spalten in größerem Ausmaß, wo Kabel frei liegen, werden auch zugemacht. Zur Erleichterung der Reinigungsmöglichkeiten wurden die Abschlußlisten hinter den Arbeitsplatten entfernt und andere Abdichtungen sorgfältig angebracht, sodaß keine Verschmutzungen mehr unter den Leisten passieren können. Die Abdeckungen der Heizkörper und auch die Vorhänge werden entfernt.

Alles andere ist an und für sich noch einigermaßen intakt, auf das Alter dieser Küche und des großen Anspruchs gesehen. Natürlich sind teilweise auch noch die Scharniere bei den Türen auszuwechseln.

Das allerwichtigste dabei ist aber, daß der Kühlschrank sozusagen installiert bzw. einer nachgekauft wird und daß hier eine völlige Trennung der Lebensmittel möglich ist, vor allem sollen die Gefahrenmöglichkeiten zwischen den Lebensmitteln auf jeden Fall eliminiert werden. Das heißt, es wird der Kühlschrank nachinvestiert, sodaß die Lebensmittel noch besser getrennt werden können. Das hat auch der Amtsarzt vehement verlangt, daß das nicht mehr passieren darf.

Ich darf in diesem Zusammenhang über die Gespräche, die dort stattgefunden haben, vermerken, daß wir übereingekommen sind, daß der Schul- bzw. Lehrunterricht in dieser Küche durch diese Investitionen, Nachbeschaffungen bzw. Sanierungen sofort wieder aufgenommen werden kann.

Wie gesagt, die Neueinrichtung einer Küche richtet sich nach dem Budget. Und da hoffe ich auf eine gemeinsame „Wegmöglichkeit“ bis in das Jahr 1999, wie das auch mit der Fachinspektorin besprochen wurde.

GR Helmut Oberreiter trifft um 14.10 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu **Pkt. 3) Mitteilungen des Bürgermeisters.**

Erfreulich mitzuteilen ist, daß sich unsere Bücherei großer Beliebtheit erfreut und wir sozusagen ein Rekordjahr zusammenbringen werden. Bis Ende Oktober haben 110.000 Entlehnungen stattgefunden. Um 5.000 mehr als in den Vorjahren. Interessant ist, daß offenbar der Juli (Ferien-, Urlaubszeit) ein Rekordmonat war, wo nicht weniger als 13.500 Entlehnungen stattgefunden haben.

Die EDV-mäßige Erfassung des gesamten Medienangebotes ist in Arbeit, es sind aber insgesamt 33.749 verschiedene Einzeltitel. Das alles wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die 1. Sanierungsetappe auf der städtischen Kunsteisbahn ist abgeschlossen. Die Eissaison konnte am 18. Oktober aufgenommen werden. Die Kosten entwickeln sich leider bedeutend über das Präliminare hinaus. Wenn wir die 2. Etappe machen - Quarzsandbeschichtung, das ist das Beste und Neueste in der Kältetechnik und auch in dieser Belagstechnik, die nämlich hier nicht nur für eisbahntauglich erklärt wird, sondern auch noch für die Skater als Untergrund geeignet erscheint, und daher in der Folge Umrüstungsaktivitäten hintangehalten werden -, aber die Kosten werden sich auf rd. 9,25 Mio. S belaufen.

Wir hoffen, daß wir im Hinblick auf diese auch massive Erhöhung der Kosten entsprechende Förderungen des Landes, die wir begehrt haben, bekommen werden. Auf der Ebene der Landesregierung finden derzeit über unser Ersuchen Koordinationsgespräche über 4 Ressortbereiche statt.

Die **Fachhochschule** entwickelt sich ausgezeichnet. Besonders erfreulich ist, daß sich schon in dem frühen Stadium der schulischen Aktivitäten und Bemühungen, Kooperationen mit regionalen, namhaften Unternehmungen, wie BMW, Fa. Greiner, Fa. MIBA, SKF, Unitech und Bene, ergeben haben, sodaß wir auch sicher sein können, daß hier Schule, also Ausbildung und Praxis, und Unternehmung in einem sehr engen Zusammenwirken stehen. Ich glaube, das kann uns sehr beruhigen, und es wird hier auch - wenn sich dieser Ruf weiterentwickelt - einfacher sein, den Sprung in das Berufsleben nach dieser Ausbildung, hier in Steyr zu schaffen.

Gegenwärtig haben wir 140 Studenten. Diese werden von vier hauptberuflichen und 50 nebenberuflichen Fachhochschul-Professoren und -Lektoren unterrichtet.

Wir erwarten, wenn das Haus nächstes Jahr fertig ist, im Jahr 2000/01 - also in diesem Studienjahr - bereits dieses Erreichen der 300er-Zahl an Studenten.

Ebenfalls erfreulich ist die Entwicklung auf dem **Tourismussektor**. Wir haben hier ein Plus von 5,4 % bei den Nächtigungen. Auch bei den Ankünften haben wir ein Plus zu verzeichnen. Das ist deswegen besonders erfreulich, weil wir ja wissen, daß ansonsten in ganz Österreich eigentlich eine recht negative Entwicklung Platz greift.

Im Hinblick darauf, daß gerade die Vorweihnachtszeit für uns auch wieder - zum Unterschied von anderen Tourismusgebieten - eine sehr gute Periode für den Tourismus ist, erwarten wir ein neues Rekordjahr. Aber auch im Hinblick auf die Probleme, die damit gerade im Stadtteil/Ortsteil Christkindl verbunden sind, nämlich mit dem Verkehr, ergibt sich hier die Notwendigkeit, verkehrsgestalterische Maßnahmen zu ergreifen. Das ist sehr massiv von Herrn Pfarrer Prof. Dinböck, aber auch von anderen handelnden Personen im Rahmen des Adventgeschehens in Christkindl verlangt worden.

Es hat sich ein Arbeitskreis gebildet. An dem haben der Herr Pfarrer, die Feuerwehr, die Wirte, unsere Fachbeamten und andere dort Tätige mitgewirkt. Es ist sehr schwierig gewesen, hier einen Konsens zu erzielen. Das ist erst vorige Woche unter Vorsitz des Herrn MD. Dr. Schmidl gelungen - oder gar diese Woche? - vorige Woche. Die Zeit ist gelaufen und man hat sich nie in Richtung Maßnahmen verständigen können. Aber das ist jetzt doch gelungen. Es ist hier vorgesehen, daß an den 4 Adventsonntagen und am 8. Dezember die direkte Zufahrtsstraße zur Wallfahrtskirche Christkindl, zur Krippe und zum Weihnachtspostamt für den gesamten Verkehr grundsätzlich gesperrt wird.

Reisebusse können durch eine Schrankenanlage die sonst versperrte Zufahrt natürlich benützen. Sie bekommen eine eigene Berechtigungskarte. Die Fahrgäste müssen oberhalb der Kirche aussteigen. Die Busse müssen natürlich dieses Gebiet wieder verlassen und können in der Zwischenzeit in der Stelzhamer Straße parken, da wird die entsprechende Vorsorge zu treffen sein. Die Touristen müssen wieder zu einem vereinbarten Zeitpunkt dort abgeholt werden.

Für Privat-PKW steht an diesen fünf Tagen Parkraum bei der Bezirkshauptmannschaft, dem Landesgericht und der Wirtschaftskammer in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Für den Transport der Touristen wird ein **kostenloser Bus-Shuttle-Dienst** eingerichtet werden, der von 9 bis 17 Uhr im 15-Minuten-Takt nach Christkindl und wieder retour fährt.

Wir wollen durch diese neue Regelung das Verkehrsproblem, das sich besonders an den Sonn- und Feiertagen zusehends verschärft hat, in den Griff bekommen und gleichzeitig die hohe Attraktivität, die ein Besuch Christkindls sowohl für die jährlich tausenden Gäste als auch für die Bewohner der Stadt und der Region hat, in vollem Umfang aufrechterhalten.

Jedenfalls erhoffen sich die Mitglieder dieses Arbeitskreises, daß hier eine spürbare Verbesserung geschaffen wird. Es stehen alle dahinter. Und auch der hohe Gemeinderat wird gebeten, sich hinter dieser Regelung, die so mühsam geboren wurde, zu versammeln und sie auch in den Diskussionen zu vertreten. Wir können also nicht auf Dauer massive Werbung machen und wenn sich dann der Erfolg einstellt, daß nämlich sehr viele Leute nach Christkindl kommen, Christkindl und die Besucher sich selbst überlassen.

Darum müssen wir auch regulierend eingreifen, und das erhoffen wir uns von dieser Maßnahme. Man wird natürlich auch unmittelbar danach, wenn man noch die Ereignisse in Erinnerung hat, eine Nachlese machen und dann allfällige Nachjustierungen für weitere Adventsaisonen vornehmen.

Zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** ist zu berichten, daß die Arbeitslosenquote im Oktober 1997 6,1 % betragen hat. Sie ist damit im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 0,9 Prozentpunkte.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Oktober 2.514 und hat sich damit gegenüber dem Vormonat um 2,4 % und gegenüber dem Vorjahr um 14,3 % reduziert.

Im Oktober 1997 sind 258 offene Stellen gemeldet, das sind um 26 Stellen weniger als im Vormonat und gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 50 Stellen mehr. Es zeigt sich also doch, daß hier im Trend etwa seit dem Jahr 93 eine Verbesserung der Beschäftigungssituation eintritt und wir uns in dieser positiven Tendenz fortbewegen. Wir müssen uns natürlich sehr bemühen, daß diese Tendenz auch anhält und weiterhin geeignete Maßnahmen setzen.

Gemeinderat Walter Oppl trifft um 14.22 Uhr ein.

Zu Pkt. 5 möchte ich sie bitten, die **Beschlüsse des Stadtsenates**, die mit den Gemeinderatsunterlagen versandt wurden, zur Kenntnis zu nehmen.

Bevor wir in die **Verhandlungsgegenstände** und in die Behandlung derselben eingehen, möchte ich ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß ein Dringlichkeitsantrag vorgelegt wurde. Er sieht vor, daß der Gemeinderat eine Resolution - betreffend die Erhaltung der Trollmannkaserne in Steyr - beschließen möge.

Ich darf kurz den Text des Antrages vorlesen:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse für die Sitzung des

Gemeinderates am 13. November 1997 nachstehenden

Dringlichkeitsantrag

einzubringen:

Die „Heeresgliederung Neu“, die 1992 beschlossen und 1995 endgültig umgesetzt wurde, brachte schon eine Verringerung der Arbeitsplätze in der Trollmannkaserne mit sich. Nun wird vom Bundesminister für Landesverteidigung eine neuerliche Umgliederung angestrebt, die eine Schließung der Trollmannkaserne in Steyr zur Folge haben könnte. Die vorgesehene ersatzlose Auflösung des Stabsbataillones 4 und damit der Fernmeldekompanie in Steyr als auch die Pläne, die Fliegerabwehrbatterie aus Steyr nach Hörsching zu verlegen, würden diese Schließung begründen.

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr beantragen daher die Beschlußfassung über die nachstehende Resolution in Form der Fassung eines Dringlichkeitsbeschlusses.“

Der Dringlichkeitsantrag ist ausreichend unterstützt. Es war bisher üblich, daß wir solche Dringlichkeitsanträge, wenn ihnen die Dringlichkeit zuerkannt wird, am Ende der Tagesordnung in Behandlung nehmen. Ich würde das in diesem Falle auch vorschlagen.

Wenn sie mit dieser Vorgangsweise einverstanden sind, bitte ich sie um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Das ist einstimmig beschlossen.

Wir werden am Ende der Tagesordnung den Text der Resolution vorgetragen bekommen und eine Debatte sowie Beschlußfassung darüber abführen.

Nunmehr möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach übergeben, um in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände eingehen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BERICHTERST. BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Mein erster Antrag beschäftigt sich mit einem Architektenwettbewerb für die Volksschule Resthof bzw. mit einem Antrag auf Durchführung des Wettbewerbes sowie die Vergabe und Mittelfreigabe für die diesbezügliche Ausschreibung, Vorprüfung und Modellerstellung.

Es ergeht folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) BauGru-50/97 Architektenwettbewerb Volksschule Resthof; Antrag auf Durchführung des

Wettbewerbes bzw. Vergabe und Mittelfreigabe für diesbezügliche Ausschreibung; Vorprüfung und Modellerstellung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes GB III/FA. f. Stadtentwicklung und -planung vom 16.9.1997 wird dem Nachstehenden wie folgt zugestimmt:

1. Durchführung des Architektenwettbewerbes „Volksschule Resthof“
2. Vergabe der Ausschreibungserstellung und Vorprüfung an Arch. Dipl.-Ing. Haas in Höhe von ca. S 245.000,-- inkl. MWSt.
3. Vergabe der Erstellung von Wettbewerbsmodellen in Höhe von ca. S 100.000,-- inkl. MWSt.
4. Honorare Fachpreisrichter in Höhe von S 50.000,-- inkl. MWSt.
5. Preisgelder in Höhe von ca. S 450.000,-- inkl. MWSt.
6. Kosten für Vervielfältigung und Präsentation in Höhe von ca. S 15.000,-- inkl. MWSt.

Zu diesem Zwecke werden Mittel in Höhe von ca.

S 860.000,-- inkl. MWSt.

bei VSt. 5/2110/728000.5 freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 860.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf darauf hinweisen, daß diesem Antrag schon im Stadtsenat die Dringlichkeit zuerkannt wurde.

Ich bitte um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Stieglitz. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Grundsätzlich begrüßen wir den Antrag betreffend des Architektenwettbewerbes und werden diesen auch mit unserer Zustimmung unterstützen.

Zur Vorgangsweise möchten wir jedoch einiges erwähnen. Die Vergabe der Ausschreibungskriterien wird durch das Architekturbüro Franz Haas gemacht. Wir haben heute Einsicht in den Bauakt genommen, und es standen diesbezüglich 2 Varianten zur Auswahl. Die 1. Variante sah folgendes vor; eine Einladung von 6 Architektenbüros, welche Kosten in der Höhe von S 680.000,-- mit sich gebracht hätten. Die 2. Variante; diese ist eine öffentliche Wettbewerbsvariante, wobei kalkuliert 25 Teilnehmer eingeladen werden. Diese zieht Kosten von S 860.000,-- mit sich. Wie ich zur Kenntnis genommen habe, wurde im Dringlichkeitsantrag die 2. Variante angenommen, welche für den Steyrer Steuerzahler Mehrkosten von S 180.000,-- mit sich bringt.

Es ist für mich schon fraglich, warum man die 2. Variante genommen hat. Ich glaube auch, daß die 1. Variante mit den 6 Architekten anzunehmen gewesen wäre.

Ich glaube, unser Trachten soll immer danach sein, daß wir den Steyrer Steuerzahlern Kosten ersparen und auch ortsansässige Architekten einladen sollten.

Bei der 2. Variante mit 25 Architekten werden sicherlich auch viele überregionale Architekten eingeladen, und mit dieser Variante können wir die Steyrer Wirtschaft nicht stark unterstützen.

Ich möchte auch noch zur Diskussion stellen, warum so ein Antrag mit Dringlichkeit beschlossen wird und nicht zur Diskussion in den Gemeinderat kommt, Herr Bürgermeister. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Bürgermeister wird dann im Schlußwort antworten. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Errichtung einer Volksschule im Resthof ist prinzipiell zu begrüßen, könnte diese doch einen Beitrag zur Allgemeinerhöhung der Lebensqualität in diesem Stadtteil leisten.

Die Frage, die sich uns allerdings aufdrängt, ist jene, ob es im gegenständlichen Fall wirklich nötig ist, einen Architektenwettbewerb auszuschreiben, den man noch dazu über eine Darlehensaufnahme finanzieren muß.

Zu den prognostizierten S 860.000,-- kommt auch noch der Zinsendienst hinzu. Weiters sind jene S 100.000,--, welche für die Erstellung der Wettbewerbsmodelle vorgesehen sind, bloß als ungefähre Mittelbedarf veranschlagt. Eine Gesamtsumme von rd. S 1 Mio. scheint daher für dieses Vorhaben realistisch.

Aufgrund unserer Zweifel an der absoluten Notwendigkeit eines Architektenwettbewerbes im ggst.

Fall werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß der Stadtteil Resthof nicht gerade ein Schmuckstück unserer Stadt ist, brauche ich - glaube ich - hier nicht näher erklären. Wenn ich es weniger diplomatisch ausdrücke, könnte ich auch sagen, in den letzten 2 Jahrzehnten ist in diesem Stadtteil ziemlich alles schiefgelaufen, was man an Planung bezeichnen kann. Es ist in diesem Stadtteil auf notwendige Infrastruktureinrichtungen, Kommunikationseinrichtungen und auf Plätze, die eben diese Kommunikationsmöglichkeiten bieten, vergessen worden. Eigentlich ist der Resthof eine Aneinanderreihung von Wohnblöcken, mit ein bißchen Grün durchzogen. Nun gut, das ist passiert, damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Mit diesem Antrag und mit dieser Schule setzt sich der Gemeinderat auch mit der Problematik im Resthof auseinander. Es ist Auftrag an die Politik, hier am Resthof etwas zu machen, mehr Lebensqualität durchzusetzen und diesem Stadtteil eine eigene Identität zu verleihen.

Aufgaben gibt es in diesem Bereich genug, aber wir müssen vorsichtig sein, daß das nicht nur kosmetische Korrekturen oder Behübschungen sind, sondern tatsächliche Verbesserungen.

Eine erste Verbesserung in diesem Stadtteil ist mit der Errichtung der Apotheke geschehen. Das ist für mich ein ganz, ganz wichtiges Signal, daß in Steyr und insbesondere auch in diesem Stadtteil moderne, zeitgenössische Architektur möglich ist. Die Resthof-Apotheke ist für mich auch ein Zeichen, daß man einen Kontrapunkt zu den Fehlplanungen in einem doch nicht unsensiblen Bereich setzen kann.

Eine Schule allein wird zwar zuwenig sein, aber eine Schule ist ein sehr, sehr wichtiger Schritt in Richtung Stadtteilqualität.

Derzeit ist am Resthof eine sehr große Fluktuation bei den Bewohnern feststellbar. Glaubt man den Aussagen der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften und -gesellschaften, gibt es sehr viele Anmeldungen für die in Errichtung stehenden Knoglergründe. Das heißt, es ist eine sehr große Fluktuation bemerkbar. Und gerade aus diesem Grunde denke ich mir, ist eben diese Schule ein ganz, ganz wichtiger Beitrag. Nicht nur die Schule, sondern auch der geplante Mehrzwecksaal, der in diesem Projekt auch beinhaltet ist.

Wir sind besonders stolz, daß für dieses Projekt ein Wettbewerb ausgeschrieben wird, haben wir ihn doch im Vorjahr in das Budget extra hineinreklamiert.

Und ich möchte jetzt auf meine Vorredner eingehen. Zum Wettbewerb: Ein Wettbewerb mag auf den ersten Blick unter Umständen als teure Zusatzleistung erscheinen. Tatsächlich ist ein Wettbewerb aber Garant für mehr Qualität, für eine längere Nutzungsdauer und insgesamt auch für eine

Kostenersparnis.

Ich möchte ihnen zwei Zitate aus einem Artikel vorlesen, die letzte Woche im Profil erschienen sind. Das erste Zitat ist von Arch. Helmut Richter, der gerade in Wien ein Schulprojekt verwirklicht hat, übrigens in Zusammenarbeit mit der Steyrer Firma Eckelt. Er schreibt in diesem Interview: „Sowohl Architekturentwicklung als auch Bautechnologie sind in Österreich zurückgeblieben. Sogar einige Ostländer haben rascher aufgeholt und sind heute weiter als wir. Das liegt unter anderem an einer gewissen Unbeweglichkeit von seiten öffentlicher und privater Auftraggeber und am Mangel an kultureller Nachfrage.“ Im selben Artikel sagt Wolfgang Prix von Coop Himmelblau: „Viele Bauten beweisen, daß der Architekt hilft, Kosten zu senken. Doch zur Zeit werden die Baukosten auf Kosten der Architekten reduziert.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Wettbewerb für die Volksschule Resthof ist ein Zeichen gegen diese Strömung. Ich hoffe, daß dieser Wettbewerb nicht nur eine Einmaligkeit ist, sondern der Anfang für eine neue Baukultur in Steyr.

Für mich persönlich, und wenn man es im nationalen Überblick sieht, sind diese S 860.000,- sogar ein ziemlich geringer Betrag. Er könnte durchaus höher sein, aber er liegt im Mittelmaß. Darum gehe ich mit dir auch nicht konform, wenn man wirklich Qualität haben will, dann muß man dafür auch bereits im Wettbewerb Kosten sichern, um dann auch bei den Baukosten geringere Ausgaben zu haben.

Ich möchte zum Schluß noch darauf hinweisen, daß es in Steyr in den nächsten Jahren noch andere Großbauvorhaben geben wird, wo wir uns einen Wettbewerb wünschen. Erstens einmal für das Gebiet Reithoffer, wo ganz sicher sowohl ein zweistufiger Wettbewerb als auch ein städtebaulicher Wettbewerb notwendig sein werden. Weiters für den Kindergarten und das Altenheim Münchenholz, für die Citygarage und zuletzt für die Bezirkssporthalle. Projekte in einer Dimension, wie eben diese angesprochenen, müssen einem Wettbewerb unterzogen werden, wenn wir nicht wollen, daß sich die Planungsfehler - wie sie eben am Resthof passiert sind - wiederholen.

Qualitätvolle, moderne Architektur in Verbindung mit unseren denkmalgeschützten Altstadtbereichen würden das Image der Stadt in Richtung weltoffene, tolerante und mutige Stadt sichern. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Payrleithner, bitte sehr.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon einige Jahre im Gemeinderat tätig und war auch einige Jahre im Wohnungsausschuß. Ich kann mich noch erinnern - ob tatsächlich oder fiktiv, das war nicht immer so klar -, daß es eine Anzahl von rd. 3.000 Wohnungssuchenden in Steyr gegeben hat. Erfreulicherweise hat sich die Situation in den letzten Jahren massiv geändert und wahrscheinlich wird sich das inzwischen um die 500, 600 eingependelt haben.

Es ist auch festzustellen, daß inzwischen auf den Knoglergründen Wohnungen gebaut werden, es ist

dorthin auch eine Verschiebung festzustellen. Tatsache ist, daß im Resthof rd. 5.000 Menschen leben, und der Wohnbau wird wahrscheinlich mit den derzeitigen Aktivitäten dann beendet werden.

Viele Dinge sind dort fehlgelaufen, hat mein Vorredner gesagt. Das stimmt sicherlich. Was jetzt den Amtsbericht und die Ausschreibung des Architektenwettbewerbes betrifft, kann ich die Frau Kollegin Frech ehrlich gesagt nicht ganz verstehen. Gerade die Liberalen, die immer wieder durch das Land ziehen und predigen „weniger Staat, mehr Privat“, treten hier nämlich genau für das Gegenteil ein. Wenn man jetzt wieder nicht ausschreiben würde - was ich nämlich auch glaube, daß das gut ist, weil man dadurch sicher letzten Endes sparen und wahrscheinlich auch von der Gestaltung her mehr erreichen wird -, bedeutet das, daß man das wieder im Haus machen würde. Und das wäre genau das Gegenteil von dem, was sie sonst immer predigen. Also das verstehe ich nicht ganz.

Was uns doch ein bißchen eigenartig aufstößt, ist die Dringlichkeit und vor allem die Darlehensaufnahme. Über die Notwendigkeit einer Volksschule, bitte, Herr Bürgermeister, du kannst das bestätigen, diskutieren wir doch schon seit Jahren. Darum verstehe ich nicht ganz, warum man das per Dringlichkeit beschließen muß.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Schule braucht Visionen. Nicht nur in der Pädagogik, nicht nur in der Methodik, sondern auch im Gebäude. Und daher meinen wir, daß es sehr wohl eine ganz wichtige Sache ist, eine Schule nicht nur beschränkt auszuschreiben, sondern sie einem größeren Wettbewerb auszusetzen, denn viele Leute bringen einfach andere Gedanken.

Wenn schon so viel am Resthof, wie ja alle gemeinsam festgestellt haben, passiert ist, dann müssen wir wohl in die Zukunft schauen und die Möglichkeit geben, daß wir wirklich ein richtiges Bild bringen. Gute Architekten bringen sicherlich mehr für den Resthof, bringen aber auch erdenklich mehr für das Gemeindebudget, denn hier werden wahrscheinlich doch Fehler hintangehalten, die wir wieder erst später mit allen möglichen Neubauten, Neuüberlegungen ausmerzen müßten. Daher stehen wir voll und ganz hinter der weitläufigen Ausschreibung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gemeinderat Stieglitz zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT

SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch zu meinem Vorredner, Herrn Kupfer, Stellung nehmen. Auch wir begrüßen einen Wettbewerb. Jedoch Wettbewerb ist nicht Wettbewerb. Hier geht es darum, daß anstatt 6 ortsansässigen Architekten, die wir uns wünschen würden, kalkulierte 25 Architekten quer durch das Land eingeladen werden.

Jetzt muß ich einmal eines sagen, da geht es um eine Schule, die kalkuliert 40 Mio. S kostet. Wenn ich mir ein Haus baue und einem Architekten den Auftrag gebe, dann gebe ich ihm sicher nicht so einen Auftrag, wie der hier aussieht, wo alles mit ca. und ca. prognostiziert ist. Da geht's ums Geld. Und für jeden Steuerzahler, Häuselbauer oder wie auch immer, wenn ich das selbst baue, dann tun mir S 10.000,--, S 20.000,-- oder S 180.000,--, auf oder ab, weh. Das ist Geld und mit dem muß man sparen. Wenn ich mir den Auftrag ansehe, sind die Kosten prognostiziert - wo haben wir das? - voraussichtlich erforderlicher Zeitaufwand; ich meine, so einen Auftrag würde ich als Privatperson nie vergeben, weil das ist mein Geld. Mit dem Architekten würde ich reden und sagen: „Was kostet mir diese Leistung, was leisten sie für mich?“ Und nicht so Daumen mal Pi S 180.000,-- auf oder ab.

Ich glaube, über das sollten wir schon diskutieren, ob man in Zukunft weiterhin mit den Steuergeldern unserer Bürger so umgehen soll.

Wenn wir einen Auftrag erteilen, dann soll man ihn mit Punkt und Komma fixieren.

Ich möchte nur in Erinnerung rufen; beim Bahnhofsparkdeck wurden auch nur 4 Architekten eingeladen. Jetzt brauchen wir für S 40 Mio. 25. Bitte denken wir darüber ein bißchen nach. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Koppensteiner.

GEMEINDERÄTIN

MARIA KOPPENSTEINER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zu den verschleuderten Steuergeldern kommen. Der letzte, nicht durchgeführte Architektenwettbewerb bei einer Schule in Steyr war die Schule Tabor vor 30 Jahren. Ich stehe dort drin, ich weiß, was dort geschehen ist.

Und ich wünsche mir für jede nächste hier in Steyr zu bauende Schule Visionen - wirkliche Visionen. Schauen wir bitte über unseren Tellerrand. Ich habe mir Schulen, aufgrund dessen, daß hier in Steyr eine neue gebaut werden soll, angesehen. Ich habe mir in Graz und in Wien Simmerring eine angesehen und festgestellt, daß nur aufgrund einer Vielfalt von Architekten - und da, bitte, wird kein Steuergeld verschleudert, sondern dort muß ich sagen, haben sich Menschen Ideen über die Zukunft unserer Kinder gemacht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke auch. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wie überall - glaube ich - liegt die Wahrheit, auch auf diesem Sektor, in der Mitte. Dieser Tage habe ich - ich glaube in den OÖ. Nachrichten - gelesen, daß bei einem Schulprojekt in Passau EU-weit ausgeschrieben wurde und 1.400 Einreichungen erfolgten. Wenn sie sich vorstellen, daß sich unsere Schule schon beinahe in der Größenordnung befindet, wo solche EU-weiten Ausschreibungen im Raum stehen und wenn sie sich vorstellen, daß 1.400 Architekten einreichen würden, dann weiß ich nicht, ob sie sich noch vorstellen könnten, wie die dann überhaupt selektiert werden sollen. Da muß man eine riesen Administration aufbauen, um hier eben das Projekt, das dann zum Zug kommen soll, herauszufiltern, wenn man da seriös herangehen will.

Ich glaube, daß das nicht beherrschbar ist und daß sich in diesem Bereich auch wieder einiges ändern muß, trotz EU und EU-Richtlinien, die momentan und wahrscheinlich auch nicht so schnell veränderbar sind.

Ich persönlich war in zwei Sachjuries bei Architektenwettbewerben. Da waren nur 20 und einmal 24 Einreichungen. Die mit 24 Einreichungen war übrigens das Bauvorhaben Knoglergründe. Ich kann euch sagen, das war eine 12- oder 14-Stunden-Sitzung. Nachdem von dem Auslober vorselektiert wurde usw., Sachjury und Fachjury, 12 oder 16 Stunden, ich weiß es nicht mehr, um dann ein Projekt herauszufiltern, über das auch nachher natürlich genauso Kritik geübt wird; es ist halt das Ergebnis eines Architektenwettbewerbes.

Richtig ist, daß hier die verschiedenen Architekten unterschiedliche Zugänge haben und daß grobe Fehler wahrscheinlich nicht durch diesen Raster durchkommen; insofern auf jeden Fall positiv.

Bei größeren Anlagen wird man wahrscheinlich nicht mehr umhinkönnen, solche Architektenwettbewerbe auszuloben.

Ich kann also die von Kollegen Kupfer angeführten Sorgen im Hinblick auf das Reithoffergelände oder Altenheim von Haus aus zerstreuen. Das ist keine Frage - und auch schon vor Jahren keine Frage gewesen -, daß man das machen wird.

Ich möchte allerdings auch sagen, daß der Resthof auch nicht so schlecht ist, wie er immer bei jeder Gelegenheit hingestellt wird. Es ist natürlich ganz einfach, weil halt der Abend klüger ist als der Morgen, zu sagen: „Das ist nicht alles so gelaufen“ oder „Alles ist falsch gelaufen.“ Natürlich ist nicht alles falsch gelaufen. Aber in den 60er Jahren, als die GWG unserer Stadt mit sozialem Wohnbau massiv begonnen hat, waren die Kriterien andere und der Zeitgeist war auch ein anderer. Und auch diese Bauten, meine Damen und Herren, haben ja nicht Bürgermeister oder irgendwelche

hauseigenen Bauingenieure, die auf Schmalspur unterwegs waren, entworfen, sondern auch damals sind Architekten dazu berufen gewesen, diese Zeichnungen und diese Planungen zu machen. Es ist ja nicht so, daß irgendwelche Bürgermeister sich ins „Kammerl“ gesetzt und eine Zeichnung gemacht haben. Es ist darum gegangen, Wohnraum zu schaffen. Das ist geschehen. Man hat die Planungskriterien der damaligen Zeit natürlich im Auge gehabt.

Was nicht geschehen ist - und diese Kritik ist berechtigt, aber aus unserer Sicht natürlich sehr viel leichter anzubringen als aus der Sicht derer, die damals in der Verantwortung standen und den Leuten, die kein Dach über den Kopf gehabt haben, ein solches zu schaffen - ist, daß man hier nicht begonnen hat, ein Zentrum dieses Stadtteiles einzuplanen, auszusparen, Vorbehaltsflächen für solche infrastrukturelle Einrichtungen, von denen wir jetzt reden. Das ist richtig.

Aber es ist auch gar nicht einfach, in einer neuen Wohnanlage, in einer neuen Siedlung oder in einem neuen Stadtteil von Haus aus das alles hinzubringen. Wir werden wahrscheinlich nicht in der Lage sein, auf den Knoglergründen gleich Geschäfte für den täglichen Bedarf anzusiedeln. Die gehen nämlich erst dann hin, wenn dort eine entsprechende Anzahl von Menschen vorhanden ist, damit das wirtschaftlich wird. Aber Vorsorge in der Planung zu treffen, was man brauchen wird, wenn dort 1.000 Leute sein werden, das ist eben eine Erkenntnis, die sich im Laufe der Zeit herauskristallisiert hat. Und alle diese Überlegungen führen auch dazu, daß wir bei einem öffentlichen Gebäude dieser Größenordnung natürlich von Haus aus einen Architektenwettbewerb wollten. Wir haben sowohl im Stadtsenat als auch im Planungsausschuß darüber diskutiert, in welcher Weise wir das alles in Szene setzen werden. Es hätte die einfache Spur gegeben, einen beschränkten Wettbewerb für 6, wie sie gesagt haben, Herr Kollege Stieglitz, zu machen. Sagen wir, da laden wir die Steyrer ein, die passen gerade da hinein, dann wäre das wahrscheinlich eine etwas zu schmale Sicht der Dinge gewesen.

Wir haben uns daher entschlossen, eine Einschränkung vorzunehmen, um nicht die 1.400 zu bekommen wie in Passau, nämlich auf das Gebiet der Architektenkammer OÖ. und Salzburg.

Und wir versprechen uns davon, daß sich hier eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Architekten beteiligen wird und daß wir im Preis-Leistungsverhältnis bei diesem Architektenwettbewerb nicht schlecht liegen.

Man kann das natürlich immer unterschiedlichen Beurteilungskriterien unterstellen, aber ich möchte schon erklären und begründen, warum wir diese Vorgangsweise gewählt haben.

Natürlich steht das nicht im vorhinein alles fest. Es muß ausgelobt werden. Es ist so, daß sogar in allerjüngster Zeit noch einmal Überlegungen herangetragen wurden, ob das wirklich der beste Standort sei und ob man vielleicht nicht noch einmal überlegen sollte, das woanders hinzugeben.

Ich meine, wenn die Bagger fahren, dann ist es zu spät. Ich möchte wirklich alle Argumente geprüft haben, bevor wir da ins „Kraut schießen“.

Ich möchte noch etwas zur Dringlichkeit hinzufügen. Ich glaube, das ist zweimal angesprochen worden. Bitte, wir haben in das Budget des heurigen Jahres einen Ansatzpunkt für so einen Architektenwettbewerb hineingeschrieben. Wir haben allerdings auf einer anderen Ebene das Prozedere abspulen müssen, nämlich Bedarfsprüfung durch den Landesschulrat - hin und her -, es sind dann letzten Endes mehr Klassen geworden; man hat heute Notwendigkeiten, Nebenräumlichkeiten etc., etc., all das ist eingeflossen. Es ist natürlich nicht billiger geworden. Darauf wartet man wahrscheinlich bei solchen Gelegenheiten umsonst. Aber fest steht, daß, wenn wir schon diese Schule bauen, sie eine wichtige Funktion über das reine Unterrichten von Kindern der Umgebung hat. Sie soll nämlich im Zuge eines Nachrüsteprogramms so plaziert werden, daß sie die Aufgabenstellung über das Unterrichtswesen hinaus erfüllen kann, nämlich identitätsstiftend in einem Stadtteil wie dem Resthof zu sein. Und da wird es nicht nur bei der Schule bleiben können. Da wird auch noch anderes geschehen müssen.

Es ist auch nicht so, daß die Ennsleite, das Münichholz oder andere Stadtteile von heute auf morgen das geworden sind, was sie sind. Und die Identifikation hat auch nicht von Haus aus überall stattgefunden. Wir haben hier eine interessante Entwicklung, und zwar, daß die Wertigkeit bestimmter Stadtteile zu verschiedenen Zeiten eine unterschiedliche ist.

Ich erinnere mich, als die anderen spöttisch zur Ennsleite „der Erdäpfelgletscher“ gesagt haben. Ich erinnere mich an den Wehrgraben, der noch vor 20 Jahren als das „Glasscherbenviertel“ bezeichnet wurde. Ich weiß das sehr genau, weil ich damals hingezogen bin.

Also man kann hier auch die zeitgeistigen Strömungen bei diesen Beobachtungen nicht außer Acht lassen.

Unsere Aufgabe kann nur sein, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen, wenn wir erkennen, daß dort noch etwas not tut.

Ich glaube z.B., daß auch Kultur und Kulturveranstaltungen, lokal gebunden und entwickelt mit den eigenen Leuten, eine sehr identitätsstiftende Rolle haben können. Und man sieht das z.B. sehr schön und sehr deutlich am Tabor. Ich glaube, so etwas Ähnliches muß uns auch noch im Resthof gelingen.

Wie gesagt, ich glaube, daß ich die wichtigsten Fragen aus meiner Sicht beleuchtet habe. Architektenwettbewerb: die meisten sind ohnehin nicht dagegen, nur etwas in anderer Form. Die Aufträge in dieser Form, wie sie ergangen sind, hängen eben damit zusammen, daß das Ganze erst in die endgültige Form wird kommen müssen.

Jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, bitte ich sie, diesem Antrag zuzustimmen. Es wird damit ein von uns allen als richtig erkannter Schritt eingeleitet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wenn sie für den Antrag sind, ersuche ich sie um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zwischenrufe: 1 Stimmenthaltung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag Nr. 2 beschäftigt sich mit der Weiterleitung von Bedarfszuweisungsmitteln des Landes an das Jugendkulturhaus bzw. an den Trägerverein des Jugendkulturhauses. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Fin-136/95 Bedarfszuweisungsmittel für die Jugendkulturhausadaptierung; Weiterleitung einer Landesförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 24. Oktober 1997 wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 275.000,-- an den Trägerverein Jugend- und Kulturhaus Steyr, Gaswerksgasse 2, 4400 Steyr, für die Adaptierung des Jugendkulturhauses zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VSt. 5/2590/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 275.000,-- für das Rechnungsjahr 1997 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Ich bitte um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Lengauer.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Mit diesem Antrag überweisen und überbringen wir dem Jugendkulturhaus den letzten Betrag, der in diesem Jahr dem Jugendkulturhaus zugesprochen und zugesagt worden ist.

Ich glaube, aus diesem Anlaß darf man einfach noch einmal die großartige Leistung der Jugendlichen, die sie in diesem Jahr für die Errichtung des Jugendkulturhauses erbracht haben, hervorheben.

Immer wieder, wenn ich dort unten diese „Baustelle“ besucht habe, hat man die Freiwilligen gesehen, wie sie gearbeitet und sich bemüht haben, ihr Haus einfach einzurichten, dort mitzugestalten und zu schauen, daß es zu einer baldigen Vollendung kommen kann.

Die Geldmittel, habe ich gesagt, sind nun zugegeben, zugesagt und auch übergeben. Auch der Betrag von Landesrat Aichinger wurde dem Jugendkulturhaus ausbezahlt.

Zu loben ist auch die Koordinationstätigkeit des Trägervereinsvorstandes, der immer wieder bemüht war, alles zu richten und zu lenken, daß die Mittel auch jederzeit da waren und daß dieser Einsatz der Jugendlichen, die Zeit der Jugendlichen, auch immer richtig genützt werden konnte.

Die Veranstaltungsgenehmigung ist durch. Es ist die Betriebsstättengenehmigung durch. Das

Jugendkulturhaus kann am 28. 11. eröffnet werden.

Wir freuen uns mit den Jugendlichen und gratulieren den Jugendlichen zu ihrem wirklich großartigen Einsatz und zu ihrem großartigen Eifer für „ihr“ Haus, das wir nach langen, langen Bemühungen und Beratungen nun endlich vollenden können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zur Wort gemeldet hat sich Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich hier zwar nur um eine Weiterleitung einer Subvention in der Höhe von S 275.000,-- des Landes OÖ. für das Jugendkulturhaus im Wehrgraben, gestatten sie mir aber trotzdem ein paar kurze Bemerkungen dazu.

Wir haben ja sehr viel Geld investiert. Wir haben das Gebäude um eine Million Schilling gekauft, und wir stecken viel Geld in die Adaptierung. Und selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich jetzt wiederhole, möchte ich noch einmal darauf hinweisen und vor allem an die GAL appellieren, das wirklich ein offenes Jugendkulturhaus werden zu lassen, was es ja nicht ganz ist, und endlich dort einmal ihre Plakatständer und Wahlutensilien wegzuräumen. Das soll keine Dependance der linken Gemeinderatsfraktion, der GAL, da unten werden, sondern es soll wirklich allen Jugendlichen in Steyr zugänglich sein. Es soll wirklich offen - wie es ursprünglich einmal geheißen hat, das vermissen ich ohnedies bereits im Amtsbericht - für alle Jugendlichen und nicht nur ein Ableger von irgendwelchen Spielwiesen der GAL sein.

Ich glaube, diese Dinge haben dort nichts verloren, und ich möchte wirklich dazu auffordern, diese dort einmal zu entfernen. Es kommen dann wirklich vielleicht auch andere Jugendliche hin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich ist das Jugend- und Kulturhaus für alle Parteien offen. Es dürfen nicht nur „Grüne“ hingehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Für alle Jugendlichen.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Sogar Dr. Pfeil ist dort unten erwünscht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht als Partei!

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Na eh nicht, aber sie dürfen trotzdem kommen.

IZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Unterschied, gell?!

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Meine Damen und Herren, die lange Geschichte des Jugend- und Kulturhauses in Steyr und die Diskussion darüber, stehen jetzt nun vor dem 1. Etappenziel. Ende November ist die Eröffnung des Hauses. Es werden der Veranstaltungsraum, das Jugendzentrum, die Proberäume und das provisorische „Beisl“ eröffnet.

Ich möchte bei diesem Antrag die Gelegenheit nutzen, um auf einige Aspekte im Zusammenhang mit dem Jugend- und Kulturhaus hinzuweisen.

Das Jugend- und Kulturhaus ist ein Projekt - wie es auch schon Kollege Lengauer angesprochen hat -, das extrem professionell und sparsam von freiwillig arbeitenden Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Steyrer Betrieben realisiert worden ist und realisiert wird.

Falls es für manche Kollegen im Gemeinderat nicht offensichtlich ist, man kann jederzeit Einblick in die Planungsschritte, Geschäftsvorgänge etc. nehmen. Es ist alles dokumentiert und penibel aufgeschrieben. Nur einige Zahlen. Insgesamt hat es an Geldern von Land und Stadt bis dato 2,4 Mio. S gegeben. Und von den 2,4 Mio. S ist 1 Mio. S z.B. direkt in Steyrer Betriebe gelaufen. Nur soviel einmal zu den Synergien, die bereits für die Wirtschaft in Steyr entstanden sind. Weiters sind z.B. 1,3 Mio. S Einsparungen durch die Eigenleistung der Jugendlichen entstanden, und das waren bis jetzt immerhin 3.500 Stunden.

Weiters ist das Jugend- und Kulturhaus ein Projekt, bei dem die Zusammenarbeit zwischen dem Trägerverein, der Politik und den Beamten der Stadt und des Landes OÖ. sehr, sehr gut geklappt hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere die Flexibilität der Beamten der Stadt Steyr erwähnen und würdigen.

Das Jugend- und Kulturhaus kann sich in Steyr zu einem Musterprojekt entwickeln. Es kann sich auch österreichweit zu einem Musterprojekt entwickeln. Es gibt z.B. gerade wieder die Anfrage vom Nachrichtenmagazin Profil - wie schon vorher erwähnt -, das diesem Haus demnächst eine große Geschichte widmen will.

Wir von der Stadt Steyr müssen aber aktiv bleiben und dieses Projekt nicht auf halbem Weg absterben oder liegen lassen.

Der erste Teil des Hauses ist renoviert. Der Rest muß in den nächsten beiden Jahren ausfinanziert und fertiggestellt werden.

Ein All-Parteien-Gespräch, bei dem im September, also noch vor den Wahlen, von allen Parteien Vertreter dabei waren, hat den Jugendlichen diese Ausfinanzierung zugesichert, daß die 8 von den Politikern der Stadt Steyr unterstützt und abgesichert werden. Umso mehr verwundert es mich, daß der Budgetposten „Jugend- und Kulturhaus“ für das kommende Jahr im ersten Entwurf von 1 Mio. S auf 0 herausgestrichen ist. Das ist zwar erst der erste Entwurf ...

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Es wird noch mehr herausgestrichen, Herr Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Ich hoffe, daß wir nicht nur zu Streichungen kommen, sondern daß wir doch auch noch einiges hineinbringen können, und insbesondere unter diesem Punkt.

Ich würde mir wünschen, daß, wie es bei anderen Projekten auch üblich ist, man sich einen fixen Zeitplan macht, um dieses Haus auch ausfinanzieren zu können, und nicht, daß man sagt: „Jetzt kommen sie jedes Jahr daher, und jedes Jahren müssen wir dann neu verhandeln“, sondern daß man

sagt: „2 Jahre - wieviel ist noch notwendig ? - und dieses Projekt ist fertig“, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Land OÖ., wo für das kommende Jahr auch schon wieder Gelder zugesagt wurden und hoffentlich auch die vom BM für Jugend und vom BM für kulturelle Angelegenheiten.

Ich kann für unsere Fraktion nur sagen, daß wir diese Budgetmittel einfordern werden und unsere Zustimmung unter anderem mit einem Beitrag oder Betrag für dieses Jugend- und Kulturhaus abhängig machen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist der Grund, warum's nicht drinsteht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister, hast du dich zu Wort gemeldet? Nicht. Wir kommen zum Schlußwort. Bitte, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es haben sich eigentlich alle positiv dazu geäußert, da ist es verhältnismäßig leicht nachzureden.

Es ist tatsächlich sehr viel geleistet worden. Und es ist nicht hoch genug zu schätzen, daß dort die jungen Leute selbst in wirklich massiver Weise Hand angelegt haben. Nicht nur, weil sie damit Kosten erspart haben. Das natürlich auch. Aber vor allen Dingen, was aus meiner Sicht das Bedeutsamste ist, daß hier diese so notwendige Identifikation mit dieser Einrichtung hergestellt wurde und daß es nicht möglich sein wird, daß einige, die in dieses offene Haus - und offen soll es ja für alle sein - gehen und dann hier dem Vandalismus frönen, wie das in Jugendzentren immer wieder und allerorten passiert ist. Und da waren auch nicht die Pfarre und auch nicht die Arbeiterkammer - und ich weiß nicht, wie sie alle geheißt haben, Gewölbe - davor gefeit. Das wird uns dort, glaube ich, nicht so rasch passieren, weil nämlich dort die Leute sind, die Hand angelegt haben und selbst Schweiß dort vergossen haben und sich erinnern können, daß es nicht von selbst entstanden ist, und das ist das Bedeutsame und das Wichtige. Diese Erfahrung habe ich 100mal im Sportvereinsleben und bei der Errichtung von Sportstätten und Sportheimen gemacht, daß dort dieser Vandalismus praktisch nicht vorhanden ist. Es ist gelungen, auch in der Stadt und in dieser Situation, die jungen Leute in dieser motivierten Weise zum Arbeiten zu bringen.

Da haben wir natürlich auch in dieser spannenden Situation und im Streit um Standort und all dieses mitgewirkt, woraus sich dann die Chance ergeben hat. Wir haben auch unseren Beitrag geleistet. Den brauchen wir auch nicht unter den Scheffel stellen. Das muß man auch einmal sagen, Spontaneinsteiger: 4,5 Mio. S, mehr als 1 Mio. S dazugelegt, interveniert bei allen möglichen Subventionsgebern - erfolgreich - auf Teufel komm raus. Wir haben also einen Teil dazu geleistet. Ich

freue mich auch darüber. Es ist eine gute Entwicklung.

Zum All-Parteien-Gespräch wurde natürlich taktisch zum richtigen Zeitpunkt von den jungen Leuten eingeladen. Ich erinnere mich, daß alle alles versprochen haben, außer meiner Person. Ich habe gesagt, wir werden uns bemühen, ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Es genügen 4. 4 : 1.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

...weil vor den Wahlen hier in Zahlen Versprechungen abzulegen, das halte ich nicht für ganz seriös. Noch dazu weiß ich gar nicht, ob jetzt alle dabei sind. Das weiß man ja nie vor Wahlen. Fest steht, daß wir natürlich interessiert sein müssen, daß das auch zu einem guten Ende kommt. Wir werden uns aber auch anschauen müssen, was davon sein muß, was sein kann usw.

Natürlich tut sich der junge Kollege Kupfer ein bißchen leichter, weil er doch vielleicht noch nicht die ganze Dimension der Forderungen und Wünsche aus der Steyrer Bürgerschaft so hautnah ertragen muß. Er ist halt näher bei den Jugendlichen, weil er jung ist. Nicht? Auch bei der Schule. Wenn wir uns einige Monate oder Jahre unterhalten, dann wird man die ganze Breite der Anforderungen kennenlernen, und in allen Bereichen gibt es Wünsche über Wünsche, die immer größer als die Möglichkeiten sind, sie von uns zu erfüllen.

In diesem Fall brauchen wir eigentlich nur diesen Betrag weiterleiten. Ich nehme an, daß das einhellig geschieht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Weiterleitung ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein heute bedeutsamster Antrag betrifft den Nachtragsvoranschlag 1997. Es gibt überall Zusammenhänge, auch zwischen solchen Debatten ums Geld und natürlich einem Nachtragsvoranschlag oder einem Budget. Es geht auch darum, hier immer

wieder auch noch Spielräume zu haben, zum einen für Notwendigkeiten, zum anderen für Chancen, die sich ergeben.

Mit diesem Nachtragsvoranschlag wird doch wieder offenbar, daß wir diese Spielräume, trotz aller Zwänge, noch haben und daß wir sie uns auch durch unsere eigene Politik - jedesmal muß das ja neuerlich geschehen, auch in diesem Fall - wieder eröffnet haben; zumindest in einem bestimmten Ausmaß.

Ich glaube, daß der Nachtragsvoranschlag eindringlich den Kurs unserer Budgetpolitik mit Augenmaß unterstreicht, daß wir hier eine ausgewogene Einnahmen- und Ausgabensituation vorfinden. Daß wir gezielt investiert haben und gleichzeitig so effizient und sparsam wie möglich administriert haben.

Das Zahlenwerk selbst zeigt, daß wir hier bis zu unserem „Nachtragsvoranschlagstermin“ tatsächlich mit einem Überschuß im ordentlichen Ausmaß von 16,14 Mio. S rechnen, daß hier zusammen mit einer nicht präliminierten Rücklagenzuführung in Höhe von 6 Mio. S sich alleine im ordentlichen Haushalt eine Ergebnisverbesserung gegenüber dem Budget von rd. 22 Mio. S ergibt. Darüber hinaus konnte neuerlich ein Mehr an Darlehen, und zwar im Ausmaß von 5,2 Mio. S, zurückbezahlt werden. Es ergibt sich dadurch ein reduzierter Schuldenstand von 714 Mio. S aus jetziger, heutiger Sicht. Bei der Budgeterstellung wurde noch mit einem Schuldenstand per Ende 1997 von 751 Mio. S gerechnet.

Es ist auch so, daß der Rücklagenstand auf der anderen Seite beträchtlich erhöht werden konnte, und zwar haben wir hier eine Steigerung von 93 Mio. S, die wir im Budget erwartet haben, auf 116 Mio. S. Also eine durchaus erfreuliche Entwicklung.

Wir sind mit diesen Werten deutlich über einer Milliarde Schilling mit unserem Gesamtbudgetumfang gelandet, nämlich auf 1 Mrd. 157 2/10 Mio. S.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch im ao. Haushalt können wir davon reden, daß wir uns im Plan befinden. Die Erhöhungen ergeben sich im wesentlichen aus einer durch den Gemeinderat beschlossenen Übertragung aus dem Jahr 1996 in 1997. Das werden wir heuer mit dem heurigen Budget auf das nächste Jahr wieder so tun müssen.

Ich glaube, daß hier dieser Nachtragsvoranschlag sehr deutlich zeigt, daß wir seriös budgetiert haben und daß wir, was den Budgetvollzug anbelangt, voll auf Kurs liegen.

Und ich gehe davon aus, daß es uns auch gelingen wird, diesen Budgetkurs ins nächste Jahr hinein fortzusetzen. Daß es vorher noch sehr tiefeschürfende Verhandlungen gibt, ist natürlich auch selbstverständlich.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

3) Fin-110/97 Nachtragsvoranschlag 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 12. Dezember 1996, Fin-100/96, womit der Voranschlag 1997 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1997 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 885.600.000,-- auf

S 921.580.000,--

die Gesamtausgaben von S 885.600.000,-- auf

S 921.580.000,--

somit ausgeglichen S 0,--

=====

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 188.150.000,-- auf

S 235.628.000,--

die Gesamtausgaben von S 188.150.000,-- auf

S 235.628.000,--

somit ausgeglichen S 0,--

=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 12. Dezember 1996 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1997 bleiben unverändert.

Ich bitte um Debatte bzw. um Beschlußfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, Besucher bzw. die Presse! Im vorliegenden Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1997 wird im dazugehörigen Amtsbericht so wörtlich verlautbart, daß der ursprünglich veranschlagte Voranschlag im ordentlichen Haushalt von S 63.000,-- durch die gute Einnahmensituation und die restriktive Ausgabenpolitik in einen Überschuß in Höhe von 16 Mio. S umgewandelt werden konnte. Das klingt in den 3, 4 Zeilen ganz gut, aber die Wahrheit sieht natürlich etwas anders aus.

Wenn man sich nur die Übersicht ansieht, wie sehen denn im o. H. die Mehreinnahmen aus? Auf die Mehreinnahmen, in der großen Anzahl sind es Ertragsanteile bzw. Teile, die im halböffentlichen oder öffentlichen Bereich liegen, haben wir also wenig oder nur marginalen Einfluß.

Bei den Mindereinnahmen haben wir die Kanalbenutzungsgebühr. Und auch hier, also im sozialen Bereich, im Kindergartenbereich, bzw. Kostenbeiträge vom Land, wo einfach das Zahlenwerk nicht ganz richtig angenommen worden ist, was aber im Prinzip natürlich in der Natur der Sache liegt.

Bei den Ausgaben im ordentlichen Haushalt ist es ähnlich. Hier sehe ich von einer restriktiven Ausgabenpolitik ja absolut Null. Denn auch hier haben wir nur Vorgaben am Papier oder Vorstellungen, die nicht ganz so - Gott sei Dank für die Stadt - eingetroffen sind.

Wir haben uns hier etwas erspart, aber ohne unser Zutun - wenn man sich das ansieht: Zuführung an allgemeinen Rücklagen, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Fachhochschule, Landesumlage; das FAZAT-Verlustersatz wurde vom a.o.H. in den o.H. gegeben., Heimhilfe, und, und, und.

Bei den Minderausgaben verhält es sich auch wieder ähnlich. Auch hier: Krankenanstaltenbeitrag, berufsbildende Pflichtschulen, Behindertenhilfe, Sozialhilfe, Reinhaltungsverband. Außer dem Reinhaltungsverband sind das durchaus Mittel, die sich hauptsächlich oder fast ausschließlich im sozialen Bereich mit einem minderen Betrag niedergeschlagen haben. Man hat die soziale Situation vor einem Jahr noch etwas anders eingeschätzt.

Aber noch einmal, das ist keine restriktive Ausgabenpolitik. Darunter verstehe ich etwas anderes.

Im a.o. Haushalt sieht es ähnlich aus. Hier kommt es, hauptsächlich durch Verschiebungen von einem Budgetjahr in das andere Budgetjahr, zu wechselnden Zahlen. Und auch hier haben wir natürlich auch den Verschiebungsantrag vom 20. März 1997 mitgetragen, weil da viele Projekte sind, die auch unsere Unterstützung haben.

Besonders ein Projekt brennt uns langsam wirklich unter den Nägeln. Es ist auch hier ganz an die erste Stelle gerückt, das ist der Umbau Hotel Münichholz. Das erscheint ja wirklich eine endlose Geschichte zu werden. Welcher Private oder wirtschaftlich denkende Unternehmer kann es sich leisten, ein Haus dieser Größenordnung - jetzt glaube ich 6, 7 Jahre - langsam umzubauen. Die endgültige Endabrechnung ist noch in weite Ferne gerückt.

Ich frage jedesmal gebetsmühlenartig Herrn, jetzt Vizebürgermeister, Tatzreiter, zuständig für die Liegenschaft, wann wir denn eine Abrechnung des wahrscheinlich um die 40 Mio. S liegenden Umbaus „Hotel Münichholz“ erwarten dürfen. Hier wird man sich auch noch unterhalten müssen.

Bei den Minderausgaben: auch hier sehe ich keine restriktive Minderausgaben, sondern nur Ausgaben, die anders eingeschätzt worden sind.

Im Grunde genommen ist das eine Budgetpolitik, die man unter dem schönen neudeutschen Wort, weil es auch in Deutschland gegründet worden ist, „kreative Budgetpolitik“ zusammenfassen kann.

Man kann Dinge so und so am Papier niederschreiben, das schaut natürlich gut aus, aber in der Sache bringt das keine zukünftige Budgetpolitik. Auch wenn man hier bei den Mindereinnahmen im a.o. H den Fehlbetrag von 5,2 Mio. S - Verkauf von Grundstücken und Gebäuden - annimmt, hat man heuer diese Fehler gemacht; im neuen, diese Woche vorliegenden Budgetentwurf für das nächste Jahr ist der gleiche Fehler wieder enthalten.

Ich glaube nicht, daß es uns gelingen wird. Es handelt sich hier in der Sache um den Verkauf des Teilobjektes „Nagl“. Ich glaube nicht, das habe ich auch im Stadtsenat bzw. im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt, daß wir um diesen Preis - ich hoffe, daß uns jemand um diesen Preis dieses Objekt abkauft - aber ich glaube nicht, daß es uns nächstes Jahr gelingen wird, um diesen Preis einen Teilbereich dieses Objektes zu verkaufen. Schön wär's.

Aber noch einmal, Herr Bürgermeister, „kreative Budgetpolitik“ ist nicht am Papier gefragt, sondern

in der Wirklichkeit.

Zu unserem Stimmverhalten; wir werden uns deshalb, weil wir auch viele Dinge von den Projekten mittragen, der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Verehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörer! Dieser Nachtragsvoranschlag ist logischerweise in bezug zum Voranschlag 1997 zu sehen.

Das LIF war bei der Beschlußfassung dieses Voranschlages 97 noch nicht im Steyrer Gemeinderat vertreten. Wir waren in diese Vorgeschichte - wenn man es so nennen will - nicht involviert, handelt es sich eigentlich bei diesem Nachtragsvoranschlag um eine quasi Fortsetzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 12.12.1996.

Wer nun dem Voranschlag 97 zugestimmt hat, der müßte eigentlich im Regelfall auch diesem Nachtragsvoranschlag seine Stimme geben.

Wer allerdings in diesen Gemeinderat eintritt, wo es sich quasi, um ein unschönes Wort zu gebrauchen, um diesbezügliche Vorlasten handelt, sollte sich unseres Erachtens hier bei der Stimme enthalten.

Zugleich möchten wir festgehalten haben, daß dieser Nachtragsvoranschlag zu einer Verringerung der Rücklagen und zu einer Erhöhung des Darlehensstandes führt. Ob man dies als positive Entwicklung sehen mag, bleibt dahingestellt, vor allem wenn man eine kritische Betrachtung des sogenannten zitierten Überschusses vornimmt, der ja unter anderem dadurch entstanden ist, daß man die Einnahmen ursprünglich zu gering prognostiziert hat bzw. daß ein großer Teil des Überschusses aus der Erhöhung der Ertragsanteile entsteht.

Wir werden uns aus diesem Grund der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr Stadtrat Mayrhofer, bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Wir zweifeln die Richtigkeit der Zahlen in diesem Nachtragsvoranschlag natürlich nicht an. Auch nicht den Inhalt, da der Inhalt ja von uns allen in den Gemeinderatsbeschlüssen des heurigen Jahres getragen wurde - und der Großteil fast einstimmig.

Daß wir natürlich nicht ganz glücklich mit diesem Nachtragsvoranschlag sind, das liegt, glaube ich, in der Natur der Sache, vor allem wenn man ein bißchen ins Detail geht und schaut, daß dieser Spielraum, den der Herr Bürgermeister angeschnitten hat, ja sich nicht nur aufgrund der verbesserten Einnahmensituation ergeben hat, sondern auch natürlich aufgrund von Verschiebungen in den einzelnen Referaten und Abteilungen. Und hier sind natürlich schon auch Auswüchse, vor allem auch im personellen Bereich, zu finden; mit Personalkostensteigerungen in einzelnen Abteilungen von bis zu 26 %, oder wenn ich mir die Kindergärten und Horte anschau: von 36 Mio. S Voranschlag auf 40,7 Mio. S oder auch die Stadtgärtnerei: von 15,2 Mio. S auf 16,3 Mio. S, dann ist also hier mit Sicherheit ein Handlungsbedarf gegeben. Ein Handlungsbedarf, vor allem auf eine flächendeckende Kostenrechnung und Kostenstellenrechnung.

Gerade das Beispiel Stadtgärtnerei zeigt ja sehr genau, daß das auch durchwegs positive Auswirkungen haben kann. Bei der Stadtgärtnerei ist momentan schon eine Kostenrechnung installiert. Und im Voranschlag für das nächste Jahr, im Beamtenvoranschlag, sieht man da schon sehr deutlich, daß mit 2,5 Mio. S mehr an Einnahmen kalkuliert wird, die sich aufgrund einer anderen Kalkulation für Fremdleistungen ergeben.

Darum fordern wir auch für die Zukunft eine Durchleuchtung des Magistrates, auch eine schnellere Vorantreibung der Magistratsreformen und vor allem wirklich so schnell wie möglich eine flächendeckende Kostenstellenrechnung.

Aber nachdem wir die Beschlüsse mitgetragen haben, werden wir selbstverständlich auch dem Nachtragsvoranschlag unsere Zustimmung erteilen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Bremm.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war schon klar, daß wir sie nicht zufriedenstellen können, Herr Dr. Pfeil. Das ist ja, glaube ich, fast keinem in diesem Raum möglich ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Zeit nicht.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es ist sehr schwierig. Ich weiß nicht, ob sie es selbst können.

Gelächter

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich lasse es ihrer „Kreativität“ über, wie sie das auffassen.

Gelächter

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Ich glaube, meine sehr verehren Damen und Herren, die Zahlen sprechen für sich. Und der Nachtragsvoranschlag, wie das schon erwähnt wurde, ist in Wirklichkeit ein Formalakt. Es sind ja die Beschlüsse im Gemeinderat gefaßt worden; und es ist auch eine Nachbetrachtung des Budgets. Und ich glaube, wenn man in Zeiten mit diesen vielen Aufgaben und mit diesen großen Projekten, die wir uns auch im letzten Budget vorgenommen haben, einen Nachtragsvoranschlag vorlegen kann, wo wir den Schuldenstand senken und die Rücklagen erhöhen können, dann glaube ich, ist nicht nur der 5. Oktober ein Zeichen gewesen, daß Steyr anders ist, sondern wir können uns auch in der Budgetpolitik mit allen anderen Städten Österreichs vergleichen und mit Fug und Recht behaupten, daß die Entwicklung sehr positiv ist. Es ist nicht so, daß im vergangenen Jahr Zahlen in das Budget geschrieben und beschlossen worden sind, um diese dann leicht zu unterschreiten.

Ich glaube, wir haben im vergangenen Jahr schon bei der Erstellung des Budgets große Anstrengungen vorgenommen, und es ist nochmals gelungen, diese Zahlen zu unterschreiten und Verbesserungen im Budget zustande zu bringen.

Zu ein paar Anmerkungen möchte ich nur sagen, weil das ehemalige Hotel Münchenholz angesprochen wurde, daß es halt nicht so einfach ist, ein solches Gebäude zu verkaufen und auch die dementsprechenden Interessenten dafür zu gewinnen.

Wir haben uns über einen langen Zeitraum hinweg bemüht, dort auch Geschäfte hineinzubringen. Das

Interesse war nicht vorhanden. Daß sich auch die Umbauarbeiten der Polizei verzögert haben, lag nicht im Verantwortungsbereich der Stadt, sondern wir haben uns bemüht, einen vernünftigen Standort für die Polizei in Münchenholz vorzuschlagen. Auch in diesem Bereich ist die Entscheidung nicht so schnell gefallen, wie wir uns das gewünscht haben. Aber ich glaube, wir sind hier auch dementsprechend auf Kurs, und aller Voraussicht nach wird im kommenden Jahr die Polizei dort einziehen. Es wird dann auch ein wesentlicher Teil des freien Bereiches besetzt.

Zur Gärtnerei, die von Herrn Mayrhofer angeschnitten wurde. Natürlich gibt es schon über viele Jahre hinweg Kostenrechnungen. Es ist ja nicht so, daß hier Pi mal Daumen einfach was verrechnet wurde. Es wird natürlich auch im öffentlichen Bereich schon seit vielen Jahren nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten; natürlich, sie sind auch nicht ganz zufrieden, auch sie werden ihre eigene Kostenrechnung immer wieder neu überprüfen und ihre Wirtschaftlichkeit immer wieder neu überprüfen müssen. Es ist nicht irgendwann einmal das Ziel erreicht um zu sagen, jetzt sind wir zufrieden. Das wissen sie als Kaufmann gerade am besten.

Wir haben ja hier, gerade in den städt. Betrieben und Wirtschaftsbetrieben, in der vergangenen Zeit wirklich auch den Privatanbietern Parole bieten können, und das nachweislich. Gerade ihr Vorgänger, Herr Schloßgangl, hat bei der Eröffnung der Messetage das Kommunalzentrum als Beispiel sehr positiv hervorgehoben. Tatsächlich ist es auch in diesem Bereich gelungen, dort Leistungen zu einem wesentlich günstigeren Tarif zu erbringen, und das schlägt sich natürlich alles im Budget nieder. Hätten wir die Sanierung des Kommunalzentrums privat vergeben, so wie es ursprünglich geplant gewesen wäre, dann hätten wir sicherlich eine wesentlich höhere Kostenbelastung zur Kenntnis nehmen müssen. Natürlich werden wir uns nach wie vor anstrengen müssen.

Wir werden ja in den nächsten Wochen das Budget für 1998 zu diskutieren und zu debattieren haben. Natürlich wird das nicht einfach werden. Die Anstrengungen sind gegeben, aber es sind schon viele Einsparungen - auch im Bereich der öffentl. Hand - geschehen, besonders im Magistrat Steyr.

Wir als sozialdemokratische Fraktion werden dem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung geben. Ich würde auch die anderen Fraktionen ersuchen, diesem die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Schon beim Rechnungsabschluß bin ich im Genuß gestanden, was so die Entwicklung des Budgets 97 anbelangt. 96 und 95 haben sich derartig gut entwickelt, wenn man bedenkt, daß wir an Mehreinnahmen so an die ca. 120 Mio. S in den beiden Jahren gemeinsam für die Stadt und das Budget lukriert haben. Das bedeutet natürlich auch, daß das Budget auch sehr vorsichtig und auch sehr kompetent, denke ich mir, erstellt worden ist.

Wenn sie jetzt sagen „durch Steigerung der Ertragsanteile“, dann denke ich mir, daß das Geld kein besonderes „Mascherl“ hat, sondern daß wir es einfach in der Kassa liegen haben und daß wir einfach

diese Mehreinnahmen haben. Wie wir es letzten Endes dann betiteln, ist dann jedem seine persönliche Angelegenheit.

Vor allen Dingen Zufriedenheit auch gegenüber diesen ganzen Wortmeldungen, die zu den beiden Budgets im Laufe der Jahre gekommen sind, von Panikbudget bis zu Budgetunwahrheit etc., etc., das war ja ein Sammelsurium an verschiedensten schwarzen Wolken, die damals über diese Budgeterstellung geschwebt sind.

Eine stolzgeschwellte Brust kann ich mir nicht leisten, aber trotzdem

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gestärkt.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Bitte?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber gestärkt.

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber trotzdem, eines ist mir schon aufgefallen, und da bitte ich um Aufklärung. Es ist ja so, daß jede Fraktion ihre eigene Vorstellung hat, was sie im Budget unterbringen will. Und es ist auch ganz gut, wenn man sozusagen während des Jahres einmal überprüft, wie sich so die eingepflanzten Pflänzchen entwickelt haben. Was passiert aus diesen Projekten, die man sozusagen in die Budgets einfach hineinlukriert, weil man sie für wichtig hält. Wir haben damals für wichtig gehalten, daß wir den Zustand, wie er sich momentan am Wieserfeldplatz zeigt, daß wir versuchen werden, hier mehr städtebauliche Qualität hineinzubringen. Jeder weiß, der da oben spazierengeht oder geschäftlich zu tun hat, daß es nicht der allerschönste Anblick ist, dieses Sammelsurium aus teilweise verlassenen Gärten und teilweise die Parkplatzsituation etc., das ist ja nicht sehr positiv zu bewerten.

Vor allen Dingen sollte man auch, das war so der Hintergrund, diesem Platz, der ja größer als der Steyrer Stadtplatz ist, diese städtebauliche Wirksamkeit oder diese städtebauliche Bedeutung wieder zurückgeben. Na gut. Wir haben seinerzeit versucht, im Budget einen Ansatzposten von einer halben Million S unterzubringen. Das ist uns gelungen. Wir haben bei der Voranschlagstelle - wie heißt die schnell ? - 5/6120/728000 eine Erhöhung - dort war schon einmal eine Million festgeschrieben - von S 500.000,- lukriert, die sich sozusagen „Umgestaltung des Wieserfeldplatzes“ genannt hat. Na gut, dann schauen wir einmal, was aus dem Ding geworden ist. Und dann recherchiere ich einmal bei den zuständigen Abteilungen, was denn alles mit dieser halben Million mittlerweile geschehen ist. Es hat ja mehrere Veranstaltungen gegeben, wenn sie sich erinnern können. Die letzte war im Museum Arbeitswelt, wo Studenten neue Entwürfe gebracht haben. Da war auch der Wieserfeldplatz darunter. Da haben die italienischen Studenten und auch die Wiener Studenten in dieser Richtung geforscht.

Gut. Ich rufe beim zuständigen Beamten an, bei Herrn Dr. Kaiser, und frage ihn, was mit dieser halben Million passiert ist. Und er sagt mir „das weiß er nicht, weil ihm nie bekannt war, daß er eine halbe Million für die Umgestaltung des Wieserfeldplatzes zur Verfügung gestellt bekommt. Er hat zwar persönliche Aufzeichnungen und Entwürfe gemacht, aber daß für dieses Projekt eine halbe Million da ist, das hat er nicht gewußt.“

Schaut man beim Nachtragsvoranschlag genau, dann findet man auch diese Budgetpost unter „Gemeindestraßen“. Na gut. Für Gemeindestraßen und für den Tiefbau ist Herr Dipl.-Ing. Schönfelder zuständig. Anfrage bei Herrn Dipl.-Ing. Schönfelder: „Herr Diplomingenieur, was ist mit dieser halben Million bezüglich der Umgestaltung des Wieserfeldplatzes passiert.“ Herr Dipl.-Ing. Schönfelder sagt: „Das weiß ich nicht, weil mir ist das nicht bekannt, daß eine halbe Million für den Wieserfeldplatz präliminiert wurde.“ Na gut.

Gemeindestraßen haben auch mit Stadtplanung etwas zu tun. Ich rufe bei Herrn Ing. Grassnigg an, und der Herr Ing. Grassnigg sagt, er weiß es auch nicht, was mit dieser Summe passiert, weil bei den mtl. Kreditkontrollen ist diese VASSt. mit dem Titel „Umgestaltung Wieserfeldplatz“ nirgendwo aufgetaucht.

Jetzt frage ich sie: Was ist mit diesem Geld passiert? Besteht noch die Möglichkeit, daß wir unter Umständen diese Budgetpost, falls wirklich nichts passiert ist, in das nächste Budget übernehmen bzw. wenn das nicht der Fall ist, dann frage ich mich, wozu diese ganzen Verhandlungen notwendig waren.

Nichtsdestotrotz werden wir selbstverständlich den Nachtragsvoranschlag zur Kenntnis nehmen und auch für gutheißten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Hoflehner, bitte.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Nachdem es einige nicht kapiert haben, was Herr Dr. Pfeil eigentlich sagen wollte, möchte ich das in wenigen Worten noch einmal sagen.

Empörung über die Wortwahl.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Er hat nur eines gesagt; die SPÖ schmückt sich mit fremden Federn, wenn hier steht „durch eine restriktive Ausgabenpolitik konnte dieser Überschuß erzielt werden.“ Mehreinnahmen, Ertragsanteile von Bund und Land 20 Mio. S, Bedarfszuweisungen vom Land 14 Mio. S“, das sind die wesentlichen Brocken, aber nicht „restriktive Ausgabenpolitik“ vom Magistrat etc.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Ich möchte nur kurz ad hoc sagen, daß ein Budget natürlich nicht nur an den Zahlen zu lesen ist, die jetzt tatsächlich im Budget stehen, sondern wenn wir in diesem Budget etwas umsetzen, wenn Projekte umgesetzt werden und mit diesem Budget die Richtung der Stadt vorgegeben wird, dann hat das natürlich auch Synergieeffekte. Und wenn die Wirtschaftssituation in dieser Stadt eine gute ist, dann drückt sich das natürlich auch in den Ertragsanteilen im Finanzausgleich etc. aus. Wenn die Stadt gut wirtschaftet, in gute Projekte investiert, muß man berücksichtigen, daß das natürlich auch Synergie-effekte hat. Und man muß das Budget natürlich auch so lesen können: Ertragsanteile steigen nicht in allen Gemeinden - in Steyr steigen sie. Der Finanzausgleich wirkt sich bei uns gut aus, und das ist auch nicht allen Gemeinden so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr StR. Bremm zum zweiten Mal.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Es ist ja wirklich eine Bereicherung, weil in Zukunft wird es leichter sein, wenn wir etwas nicht

verstehen, was Herr Dr. Pfeil gesagt hat, daß sie es dann kommentieren. Ich bin sehr erfreut.

Ich glaube, daß das einfach nicht so darstellbar ist, wie es auch der Kollege Apfelthaler gesagt hat, daß das Geld kein „Mascherl“ hat. Unterm Strich ist eine positive Entwicklung zu sehen, und das müssen auch sie hier zur Kenntnis nehmen und nicht so tun, wie wenn jetzt zufälligerweise irgendwo ein reicher Onkel aus Amerika gekommen ist und unserem Finanzreferenten, dem Bürgermeister, Geld gebracht hat.

Ich meine, das ist eine restriktive Ausgabenpolitik, die im Budget des vergangenen Jahres und in den vergangenen Budgets schon sichtbar und immer deutlicher spürbar war.

Alleine bei den Personalkosten, die ja immer wieder ein heißes Thema sind, ist deutlich erkennbar, daß wir hier doch dementsprechende Einsparungen zustande gebracht haben. Eine Reihe von Arbeitsplätzen und von Dienstposten sind in den letzten 3 Jahren eingespart worden, und das ist der positive Niederschlag, der sich immer stärker abzeichnet. Ich glaube, so muß man das sehen und nicht nur auf einen bestimmten Bereich das so darstellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Also die halbe Million ist noch da, höre ich gerade. Wenn sie schon niemand findet, unser Geschäftsbereichsleiter findet sie. Das heißt aber auch, Herr Kollege Apfelthaler, man kann nicht nur Kinder in die Welt setzten, indem man ins Budget eine halbe Million reklamiert, man muß sich auch umsehen, daß die dann wachsen und ihre Pflege erhalten. Da muß man sich erkundigen usw. - nicht wahr? So ist das.

Ich habe das auch noch im Ohr. Und es ist zutreffend, wir haben ja des öfteren darüber geredet, daß natürlich der Wieserfeldplatz einer Neuordnung bedarf. Aber er ist natürlich nicht nur von seiner Größe her zu beurteilen, sondern die Grundverhältnisse sind grundlegend anders als am Stadtplatz. Daher können wir als Stadt nicht so hantieren, wie wir das am Stadtplatz könnten und uns eh auch einfach nicht trauen. Das muß man ja auch dazu sagen. Es ist hier noch viel schwieriger, und es wird wahrscheinlich allerhand Geld kosten. Wenn wir dann noch bei diesen Gestaltungsmaßnahmen die einmal schon ursprünglich sehr stark andiskutierte Frage eines unterirdischen Stellplatzes und solche Dinge mehr ins Spiel bringen, dann werden sie selbst in ihrem Kreis wahrscheinlich retardierende Kräfte entwickeln, Herr Kollege Apfelthaler.

Im Prinzip geht's darum, daß eigentlich hier - aus meiner Sicht jedenfalls - keine gravierenden Feststellungen, Kritiken zu diesem Voranschlag gekommen sind. Selbst ihr Süppchen, ihr Oppositions-Süppchen, Herr Dr. Pfeil, ist heute verhältnismäßig dünn gewesen, wenn ich mir erlauben darf, das festzustellen. Und weit weg von Panik- oder Schwindelbudgets zeigen sich die Zahlen ganz klar. Es gibt ja nichts, was so beweiskräftig ist als die nackten Zahlen.

Ich möchte doch nur an einige dieser Zahlen erinnern, die mir selbst noch in sehr unangenehmer

Erinnerung sind, als wir 94 das Budget 95 verhandelt und damals gemeint haben, daß die Rücklagen auf unter 10 Mio. S schrumpfen - meine Damen und Herren, darf ich das in Erinnerung rufen? - und wir von Schulden geredet haben, die sich im Präliminare in der Größenordnung von 780 Mio. S bewegt hätten.

Wenn wir von diesen Werten ausgehen und die neuen Werte vorlegen, Rechnungsabschluß 96, jetzt Voranschlag 97, und noch dazu nach heutiger Einschätzung - seriöser Einschätzung - der Lage, soweit man das überhaupt beim Schätzen kann, sagen dürfen, daß sich dieser positive Trend auch in den restlichen Monaten des Jahres noch fortsetzen wird, dann können wir sagen, daß es uns gemeinsam gelungen ist, die Dinge zum Besseren zu wenden. Und wenn schon gesagt wird „na ja, die Ertragsanteile sind gestiegen“ und „was ist denn das schon?“, dann möchte ich sagen: Das ist sehr viel. Wenn sich nämlich die Ertragsanteile positiv entwickeln, dann hängt das damit zusammen, daß sich auch die Wirtschaft positiv entwickelt hat. Und genau das Gegenteil war doch Auslöser unserer schwierigen Situation in der Kommune vor einigen Jahren, als dieser Einbruch in der Großindustrie passiert ist.

In Wirklichkeit ist diese positive Entwicklung der Ertragsanteile, die sich auch in den Arbeitslosenzahlen widerspiegelt, die uns immer noch zu hoch sind, aber tendenziös sinken, der Beweis dafür, daß unsere gemeinsamen Bemühungen doch erfolgreich gewesen sind. Daß wir noch nicht aus dem „Schneider“ sind und unsere Bemühungen nicht erlahmen dürfen, ist selbstverständlich.

Aber ich glaube, daß es die Bestätigung dafür ist, was sich hier aus diesen Budgetzahlen widerspiegelt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, daß wir eigentlich in diesen Zahlen Bestätigung finden, und das sollte eigentlich für alle ein Anlaß zu einer gewissen Freude und auch Befriedigung sein, daß wir die Dinge von der richtigen Seite her aufgezümt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? 9 F und 1 LIF. Ist jemand dagegen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich würde 15 Minuten Pause zum Lüften vorschlagen, um dann die Sitzung wieder fortzusetzen.

PAUSE VON 15.45 BIS 16.15 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Bitte nehmen sie wieder die Plätze ein und lauschen sie der Frau Vizebürgermeister.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBGM.

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe heute nur einen Antrag. Es geht um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 1997.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

4) K-139/97 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 2. 10. 1997 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze**:

Franz Mocnik

Elisabeth Schneeweiß

Rettungsverdienstmedaille in **Gold**:

Christine Wasinger

Günther Reithmayr

Maria Molterer

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diesen Antrag. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Frau Kollegin Frech, bitte sehr. Ich erteile es ihnen.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ehrungen für Angehörige von Organisationen des Feuerwehr- bzw. Rettungswesens werden durch Bundesländer, Städte und Gemeinden sowie im Fall des Roten Kreuzes durch den betreffenden Bundesverband vorgenommen, während hingegen der österr. Bundesfeuerwehrverband keine derartigen Auszeichnungen verleiht. Diese Auszeichnungen sind der einzig sichtbare Dank der Öffentlichkeit an all jene StaatsbürgerInnen, die sich jahrelang freiwillig und unentgeltlich für den Dienst am Mitmenschen bis hin zum Einsatz des eigenen Lebens zur Verfügung stellen. So weit, so gut. Was wir allerdings weniger gut finden, ist, daß es zwar für das Rettungswesen, löblicherweise, seitens der

Stadt Steyr eine Medaille für 15, 20 und 25 Jahre gibt, das gleiche aber nicht für die Feuerwehr.

Und im Sinne einer Gleichstellung diesbezüglich, auch um die Dienste der Feuerwehr, die gerade in dieser Stadt sehr wesentliche sind, möchten wir einen Antrag auf Änderung des Statutes für die Feuerwehrverdienstmedaille der Stadt Steyr erreichen. Im Anschluß an den Text, denen ich dazu zur Kenntnis bringen möchte, möchte ich diesen Vorschlag für einen Antrag an die Fraktionsvorsitzenden austeilern und würde sie bitten, diesen Antrag zu unterstützen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr verleiht alljährlich Verdienstmedaillen an Angehörige der Feuerwehr und von Organisationen des Rettungswesens. Damit soll der jahrelange freiwillige und unentgeltliche Einsatz der betreffenden Personen für ihre MitbürgerInnen sichtbar zum Ausdruck gebracht werden.

Für die Angehörigen von Rettungsorganisationen sind dabei drei Medaillen für 15, 20 und 25 Dienstjahre vorgesehen, während für Angehörige der Steyrer Feuerwehren nur eine einzige Medaille für 15 Dienstjahre zur Verleihung gelangt.

Gerade anbetachts des zuletzt ausgerufenen „Jahres des Ehrenamtes“ erscheint es daher unseres Erachtens nur allzu gerechtfertigt, durch die Erweiterung der Feuerwehrverdienstmedaille um zwei Stufen, nämlich für 20 und 25 Dienstjahre, in Anlehnung an den Rettungsdienst eine Angleichung an die Rettungsverdienstmedaille herbeizuführen.

Aus diesem Grund möchte die Liberale GR-Fraktion einen diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat stellen. Für die Einbringung des Antrages ist jedoch die Unterstützung durch zumindest einen weiteren Mandatar notwendig. In Anbetracht der Sachlage erscheint es allerdings wünschenswert, daß alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen geschlossen diesen Antrag unterstützen, handelt es sich immerhin um die Auszeichnung von MitbürgerInnen, die allen Menschen in der Stadt Steyr rund um die Uhr dienen.

Die durch die Beschlußfassung dieses Antrages zu erwartenden Mehrkosten sind unseres Erachtens als marginal anzusetzen.

Wir würden uns freuen, wenn sie mit uns gemeinsam ein Zeichen der Wertschätzung der Ehrenamtlichkeit der Feuerwehr setzen würden und in der Folge diesen Antrag unterstützen, damit er in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung kommt. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Antrag der Frau Mag. Frech, die Feuerwehr in diese Verdienstmedaillen miteinzubeziehen - die Rettungsverdienstmedaille ist auch bei der Feuerwehr eine Verdienstmedaille - ist eine schwierige Sache. Ich sage das gleich einmal. Es ist äußerst problematisch und müßte mit der Feuerwehr, vor allem mit dem Kommando,

zuerst einmal abgestimmt werden. Das kann einmal beredet werden, aber ich glaube nicht, weil die Bewertung als solche sehr, sehr schwierig ist: Wer hat einen Hof oder wer hat ein Gut gerettet? In Summe sind das alle Feuerwehrleute, weil die werden, wenn sie im Einsatz sind, sozusagen vom Löschzug aus dort hindirigiert und fahren dann alle zugleich hin. Und ein jeder versucht, das Beste zu geben. Das heißt, wir müßten das im Jahr vielleicht 3, 4, 5mal machen. Ich kann mir das nicht gut vorstellen. Darüber muß man einmal mit der Feuerwehr reden, aber ich glaube, daß das nicht so leicht wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Meine Damen und Herren, eigentlich betrifft die Auszeichnung für Feuerwehrmänner eine andere Thematik. Wir haben heute Rettungsmedaillen. Das war nicht ganz zur Sache.

Aber diese Anregung, die sie gemacht haben, Frau Kollegin, werden wir bei unserer nächsten Fraktionsvorsitzendenkonferenz einer näheren Erörterung zuführen.

Ich glaube auch, daß das mit dem Feuerwehrbezirkskommando zu bereden sein wird. Es gibt nämlich eine riesige Anzahl von Auszeichnungen bei der Feuerwehr intern. Und natürlich gibt es auch die Feuerwehrverdienstmedaille der Stadt. Das muß also hier sozusagen systemkonform sein, wenn wir so etwas machen wollen, und es soll natürlich nicht dorthin laufen, daß die Herren von der Feuerwehr quasi da in irgendeiner Weise das Gefühl bekommen, daß wir ihnen eine zusätzliche Geschichte aufpfropfen. Also das kann nur im Einvernehmen mit dem Bezirksfeuerwehrkommando gehen.

Wir werden hier Erkundigungen einholen. Ich bitte den Kollegen Vizebürgermeister Tatzreiter als zuständigen Feuerwehrreferenten mit der Feuerwehr die Gespräche zu führen und uns dann zu sagen, wie das dort aufgenommen wird. Wir werden im Lichte dieser Information dann im Kreis der Fraktionsvorsitzenden das weiter bereden.

Und nunmehr bitte ich ihre Zustimmung anzudeuten, wenn sie für die Verleihung der Rettungsverdienstmedaillen der Stadt sind. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Danke vielmals. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Eichhübl, bitte.

BERICHTERSTATTER STR.

ROMAN EICHHÜBL:

Insgesamt 4 Anträge habe ich ihnen zur Beschlußfassung vorzulegen, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, und darf der Chronologie folgend, mit dem Antrag 5 der Tagesordnung beginnen.

Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, geht es um die Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Kollergasse und Zufahrt Blümelhubervilla. Es geht darum, daß eben in diesem Bereich diese Leitungen zum Teil 35 bzw. 40 Jahre in Betrieb sind und einer Erneuerung bedürfen. Daher darf ich ihnen, meine Damen und Herren den Antrag, so wie sie ihn in den Unterlagen haben, vortragen:

5) Stw-78/97 Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Kollergasse und Zufahrt Blümelhubervilla; Erdgasaufschließung Weinzierlstraße (Teil); Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 15. September 1997 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Kollergasse und Zufahrt Blümelhubervilla sowie der Erdgasaufschließung Weinzierlstraße (Teil) der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

A. GASLEITUNGSBAU

Kollergasse, Weinzierlstraße und Zuleitung Blümelhubervilla

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Illichmann-Haider BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 403.591,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Pipelife Rohrsysteme, Wr. Neudorf

S 39.619,-- (exkl. USt.)

B. WASSERLEITUNGSBAU - Zuleitung Blümelhubervilla

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Illichmann-Haider BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 62.781,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Gumplmayr GesmbH & Co KG, Steyregg

S 6.188,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I A IV 2 (Ringschluß Weinzierlstraße), I A IV 5 (korrosionsbedingte Erneuerung Versorgungsleitung Kompaßgasse) sowie A IV 9 (unvorhergesehene Leitungsverlegungen) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Die Aufwendungen für den Wasserleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A IV 8 (unvorhergesehene Leitungsverlegungen) berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft ebenfalls die Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen, diesmal in der Neustraße und Ottokarstraße und die dazugehörigen Auftragsvergaben. Da geht es ebenfalls darum, daß diese Leitungen bereits 40 bzw. 45 Jahre im Einsatz sind.

Ich darf ihnen daher ebenfalls den Antrag zur Verlesung bringen:

6) Stw-79/97 Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Neustraße und Ottokarstraße; Auftragsvergaben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 12. September 1997 wird im Zusammenhang mit der Erneuerung von Erdgas- und Trinkwasserleitungen in der Neustraße und Ottokarstraße der Vergabe an nachstehend vorgeschlagene Unternehmen zugestimmt:

A. GASLEITUNGSBAU - Neustraße

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Held & Francke BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 237.636,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Pipelife Rohrsysteme, Wr. Neudorf

S 26.463,-- (exkl. USt.)

B. WASSERLEITUNGSBAU - Neustraße und Ottokarstraße

1) Tiefbauleistungen:

Fa. Held & Francke BaugesmbH, Steyr

ANTEIL S 439.568,-- (exkl. USt.)

2) Ankauf der Kunststoffrohrmaterialien:

Fa. Gumplmayr GesmbH & Co KG, Steyregg

S 71.844,-- (exkl. USt.)

Die erforderlichen Mittel für den Gasleitungsbau wurden im Investitionsplan 1997 des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Gas und Verkehr unter I A IV 4 berücksichtigt und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Gaswerk erbracht. Für den Wasserleitungsbau in der Neustraße ist im Investitionsplan 1997 der Stadtwerke Steyr unter III A IV 2 ein entsprechender Posten vorgesehen. Die Investitionen für den unvorhergesehenen Leitungsbau in der Ottokarstraße sind unter III A IV 8 dokumentiert und werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Wasserwerk erbracht.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf ebenfalls bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 7 bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der dritte Antrag betrifft den städtischen Verkehrsbetrieb, nämlich den Ankauf von zwei Stück Niederflurbussen unter gleichzeitiger Rückgabe von zwei Gebrauchtfahrzeugen. Es steht im Amtsbericht, daß sich der Kommunalausschuß sehr eingehend mit diesem Thema befaßt hat. Wir haben uns dort darauf geeinigt, nachdem ursprünglich eigentlich eine andere Firma Billigstbieter gewesen wäre, daß im Interesse der Fortführung einer Typengleichheit - wir haben ja bekanntlich vor nicht allzu langer Zeit 2 Busse angekauft - nochmals mit dieser Firma Kontakt aufgenommen werden soll. Daher wurde auch im Stadtsenat dieser Vorgangsweise Rechnung getragen und dieser Antrag einstimmig genehmigt.

Nunmehr darf ich sie bitten, meine Damen und Herren des Gemeinderates, folgenden Antrag zu unterstützen:

7) Stw-82/97 Städtischer Verkehrsbetrieb; Ankauf von zwei Stück Niederfleromnibussen unter gleichzeitiger Rückgabe von zwei Gebrauchtfahrzeugen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 24.09.1997 und zufolge eines Beschlusses des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen wird dem Ankauf von zwei Stück Niederfleromnibussen des Fabrikates MAN, Typ NL 262 A 10, unter gleichzeitiger Rückgabe zweier Gebrauchtfahrzeuge (1 Mercedes O 305), Baujahr 1978, 1 Steyr-Bus, Baujahr 1984) zum Aufpreis von S 4.675.000,-- gem. Anbot vom 29.08.1997 und Nachtrag vom 23.09.1997 zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes städt. Verkehr unter

Heranziehung der von der Stadt Steyr gewährten Kapitaleinlage erbracht.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47, Abs. 5 des Stadtstatutes 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf ebenfalls bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu diesem Antrag gibt es eine Wortmeldung. Herr Kollege Apfelthaler, bitte sehr.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Geschätztes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Neuankauf ist auf jeden Fall eine wesentliche Qualitätsverbesserung gegenüber den alten Bussen und soll sozusagen „JEDEM“ Bürger und jeder Bürgerin unserer Stadt zugute kommen.

Bei dem Begriff „JEDEM“ tue ich mir ein bißchen schwer, weil wir einmal versucht haben zu eruieren, wie denn die Behindertenfreundlichkeit dieser Busse ist. Und da sind wir nach Anruf beim zuständigen Beamten insofern belehrt worden, daß die Behindertenfreundlichkeit für Rollstuhlfahrer nur bedingt gegeben ist. Das heißt, es konnte seitens des Amtes nicht festgestellt werden, an welcher Haltestelle die Bordsteinkante so hoch ist, daß der Behinderte qualitativvoll in den Bus kommen kann. Es gibt keine Untersuchung, wie das passieren könnte.

Weiters ist es für Behinderte in Steyr auch nicht ersichtlich, zu welcher Tageszeit - die Linie, glaube ich, liegt ja fest, es ist die 2er und die 4er - dieser Niederflerbus momentan fährt, aber es liegt nicht fest, zu welcher Tageszeit Behinderte diesen Bus benutzen können. Benutzen können sie ihn erst dann, wenn sozusagen eine hydraulische Hebeeinheit unter dem Bus angebracht oder - so wie es in Linz auf der Auwiesenlinie passiert - eine Aluminiumrampe mitgeführt wird. Ich habe ein Beispiel mitgebracht - das möchte ich vielleicht dem zuständigen Referenten mitgeben -, wodurch bei Bedarf das Hindernis von der Bordsteinkante zum Bus überwunden werden kann.

Wenn man sich vorstellt, daß so ein Elektro-Rollstuhl ca. 70 kg hat, kann man sich sehr gut vorstellen, daß das wahrscheinlich keine unerhebliche Belastung (z.B. für den Fahrer) ist, weil lt. den Beförderungsrichtlinien, die ich erfragt habe, darf der Fahrer normalerweise den Sitz nicht verlassen, wenn Behinderte in den Bus wollen. Ich habe mich natürlich bei den Fahrern erkundigt, die bei Gott humaner als die Beförderungsrichtlinien sind, und selbstverständlich helfen sie, wenn Bedarf vorhanden ist.

Wir haben in Steyr ca. 50 - 60 Rollstuhlfahrer, da ist das Altenheim noch nicht mitgezählt. Wir würden gerne beim nächsten Kommunalausschuß diesen Vorschlag einbringen; vor allen Dingen, weil diese Rampe zum Unterschied von der hydraulischen Rampe, die vielleicht, was weiß ich, S 20.000,- bis S 30.000,- kostet. Diese Rampe würde Unkosten vielleicht in der Höhe von max. S 3.000,- bis S 4.000,- verursachen, den Einbau jetzt noch nicht mitgerechnet, und das ist eine wesentliche Kostenersparnis und würde auch mehr Behinderte in den öffentl. Verkehr bringen, weil bislang sind sie ja mit Behindertentaxis unterwegs gewesen, die wir auch mit einer halben Million im

Jahr subventionieren. Dort könnten wir unter Umständen einsparen und dann dafür mehr in den öffentlichen Verkehr bringen.

Was auch noch wesentlich ist, ist, daß wir auch bei den Haltestellen kennzeichnen sollen, wann dieser Bus und wann welcher behindertengerechte Bus kommt. Das ist ja bislang auch nicht passiert. Keiner konnte feststellen, wann er mit seinem Rollstuhl in den Bus kann, und das wäre finanziell auch ein Klacks, denn hier könnte ein Pickerl oder eine Punkt bei den Fahrplänen als Kennzeichnung angebracht werden.

Nach Rücksprache mit den Beamten ist das ohne weiteres möglich. Und ich denke mir, bei der nächsten Kommunalausschußsitzung können wir diesem Vorschlag nähertreten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bitte, ja. Ich möchte ganz kurz auf die Wortmeldung von Kollegen Apfelthaler eingehen und vielleicht eines einmal erläutern. Sinngemäß ist es ja aus ihrer Wortmeldung herausgekommen, daß die allgemeine Begriffsbestimmung „behindertengerecht“ zu unterteilen ist, nämlich in „behindertengerecht“ und „rollstuhlgerecht“. Wenn man jetzt von behindertengerecht spricht, dann ist durchaus diese neue Generation von Bussen - es werden dann insgesamt 4 sein - in der Lage, derartige Anforderungen mit zusätzlichen Einrichtungen zu erfüllen, was ich sehr gut finde. Und wir haben ja sicherlich Gelegenheit, wie sie anklingen haben lassen, bei der nächsten Ausschußsitzung für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen dieses Thema zu besprechen.

Bedauerlicherweise, das muß ich hier ganz offen sagen, sind die Busse nicht rollstuhlgerecht, im wahrsten Sinne des Wortes „nicht“, denn dazu müßte man Hebeeinrichtungen einbauen. Die Größenordnungen für derartige Hub- oder Hebeeinrichtungen liegen pro Fahrzeug zwischen S 350.000,- und S 400.000,-. Das ist mit ein Grund, daß man aus finanziellen Gründen bedauerlicherweise diesen Anforderungen nicht nachkommen könnte. Aber nochmals, selbstverständlich bin ich als Referent dazu bereit, das bei der nächsten Ausschußsitzung entsprechend vorzutragen bzw. auch dort zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 7 stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 8 bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der letzte Antrag ist an sich ein sehr schwerwiegender, und zwar geht es darum, daß die Sanierung des Hallenbades in der ersten Bauetappe um 5 Mio. S mehr ausmacht, als ursprünglich angenommen.

Jetzt etwa 8 Monate nach Wiederinbetriebnahme des Hallenbades, nach der von mir angesprochenen Sanierung 1. Etappe, ist ja die Begeisterung darüber etwas abgeklungen. Nicht zuletzt aufgrund des heute vorliegenden Antrages.

Bei der Eröffnung - der Herr Bürgermeister lächelt, er weiß genau, was ich meine, denn er hat ja bereits vor einiger Zeit diese Problematik angesprochen. Aber ich erinnere mich auch daran, daß bei diesen Eröffnungsfeierlichkeiten im April d.J. sehr euphorische Wortmeldungen zu hören waren. Ich habe damals als zuständiger Referent sogar die Ehre gehabt, als Zaungast mit dabei sein zu können. Der Kollege Gabath hat das damals im Ausschuß auch angesprochen. Ich darf, sozusagen als Ausgleich dafür, offensichtlich ihnen heute diesen Erhöhungsantrag näherbringen.

Ich stehe aber nicht an zu erklären, daß diese Mehrausgaben durchaus gerechtfertigt waren. Es ist ja nicht so, daß aus Jux und Tollerei jetzt um 5 Mio. S mehr in dieses Hallenbad investiert wurde, sondern das hat seine Hintergründe, wie sie auch alle aus dem Amtsbericht herauslesen konnten.

Einige „kleinere“ Beträge wurden ja vom Referenten, in dem Fall von mir, bereits im Zuge dieser Baumaßnahmen durch Unterschrift bestätigt. Ich sage das auch hier, weil das im Amtsbericht angeführt wurde, aber nicht detailliert ausgewiesen ist, daß es sich dabei um Begrünung und Bepflanzung handelt sowie um den Einbau jeweils von einer Brausekabine im Damen- und Herrenbereich, auch mußte ein Fenster im Restaurantbereich erneuert werden. Garderobenhaken mußten angeschafft werden. Die Dachreparatur im Garderobebereich ist ebenfalls ein Betrag, der von mir durch Unterschrift freigegeben wurde. Ebenso die Glastüre im zu schaffenden Arzttraum oder zu adaptierenden Arzttraum war wegen einer Niveauänderung erforderlich. Das nur in groben Zügen, was die kleineren Beträge betrifft.

Die größeren Positionen, wie gesagt, haben sie aus dem Amtsbericht lesen können, und ich darf ihnen daher den Antrag - so wie er ihnen vorliegt - nochmals zur Beschlußfassung vorlegen und verlesen:

8) Bau5-3862/88 Generalsanierung Hallenbad; Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 21.10.1997 wird der Auftragserhöhung an die Fa. Berndorf Bäderbau GesmbH, Berndorf, für die Generalunternehmerleistungen Sanierung Hallenbad, 1. Bauetappe, um netto S 4,746.583,65 auf netto S 32,346.583,65 zugestimmt.

Zu diesem Zweck und zur Bedeckung der mittels Stadtratsverfügungen beglichenen Detailrechnungen in Höhe von ca. S 250.000,-- wird eine Kreditüberschreitung von S 5,000.000,-- bei VSt. 5/8330/010140.4 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme in dieser Höhe zu erfolgen, welche hiermit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Bitte, Herr Bürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr für diesen Antrag. Es kommt zu dieser bedauerlich kräftigen Erhöhung. Leider ist das noch nicht das Ende der Fahnenstange, sondern die mit 24 Mio. S ursprünglich präliminierte zweite Etappe soll 36 Mio. S kosten. So, das Ergebnis des mit der Projektierung beauftragten Diplomingenieurs. Wir werden das jetzt beim Land OÖ. durch den Bäderbaubeirat abklopfen lassen, aber es wird sicher mehr als die 24 Mio. S werden. Also eine sehr, sehr teure Angelegenheit. Aber der Antrag steht natürlich zur Debatte. Herr Kollege Hack, bitte.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates! Eine Auftragsüberschreitung bei einem Pauschalpreis von 4,7 Mio. S ist an sich eine harte Sache, weil ich meine, im Geschäftsleben oder sonstwo, wenn man einen Pauschalpreis ausmacht, dann würde man auch annehmen, daß dieser Preis hält und daß das auch entsprechend - sowohl vom Auftraggeber als auch von diejenigen, die dann auf diesen Pauschalpreis eingehen - geprüft wurde.

In ihrem Bericht, Herr StR. Eichhübl, wird die Erhöhung in 4 Punkte und Kategorien eingeteilt, wobei der Pkt. 1) Vorgriff auf zukünftige oder für später geplante Investitionen plausibel ist.

Die Punkte 2 und 4: „Mehrkosten für Inbetriebnahme des Bestandes“ bzw. „Leistungen nicht im Leistungsverzeichnis enthalten“ und vor allen Dingen dann der Pkt. 3) „Reine Mehrkosten“ ist eigentlich nicht als normal zu bezeichnen und würde wirklich einer genaueren Erläuterung und Prüfung bedürfen.

Wie sie solche Kostensteigerungen zu einem Pauschalpreis vertreten, erklären und verantworten können, das weiß ich nicht, wie das funktionieren soll.

Sie haben es schon vorweggenommen. Ich wollte eigentlich fragen, wie sich das entwickeln wird. Die 1. Etappe haben wir jetzt mit 4,7 Mio. S überschritten, die 2. Etappe überschreiten wir jetzt mit - weiß ich nicht ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

50 %.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

... 50 % und die nächste dann mit 100 %. Ich weiß nicht, sollen die weiteren Etappen in der gleichen Art und Weise erfolgen? Sie haben eigentlich schon einiges vorweggenommen, Herr Bürgermeister.

Ich weiß nicht, entweder ist bei der Kostenschätzung schlecht gearbeitet worden, was ich eher nicht glaube, oder ist aus für mich jetzt nicht nachvollziehbaren Gründen damals das Projekt zu unrichtigen Kosten dargestellt worden. Ich kann das jetzt nicht nachvollziehen. Aber irgendwo ist das eigentlich sicher nicht der richtige Weg, solche Sachen zu machen.

Es zeugt sicher nicht von einem sorgfältigen Umgang mit diesem Projekt. Und wenn man den eigentlich sachlich nicht zu gewinnenden Prozeß, der in dem Ganzen auch drinnen war, den die Stadt dann verloren hat, ansieht, dann wird das eigentlich dadurch noch zusätzlich dokumentiert.

Überhaupt kann man feststellen, daß Probleme - gerade in der Erhaltung und so - sehr lange hinausgeschoben werden, bis dann eine Sperre ausgesprochen werden muß bzw. wirklich Feuer am Dach ist. Das sehen wir dann wahrscheinlich bei der Tabor-Sporthalle als nächstes.

Der Rechnungshof hat ja seinen Bericht vom Jahr 1995 abgegeben. Er hat die bestehende Situation als Folge der jahrelangen Unentschlossenheit der Stadt, wie und in welchem Zeitraum eine zufriedenstellende Sanierung des Hallenbades hätte erfolgen sollen, gewertet. Weiters, obwohl die Sanierungsbedürftigkeit des gesamten Bäderbereiches fest stand, hatte es die Stadt verabsäumt, ein umfassendes Konzept für die Erneuerung zu erstellen. Diese äußerst bedenkliche Entwicklung, jetzt in diesem Bereich, können wir auch in vielen anderen Bereichen der Stadt Steyr feststellen. Für effiziente Instandhaltungsmaßnahmen bei eigenen Gebäuden und Liegenschaften ist eigentlich auch im Budgetvoranschlag 98 wieder nichts zu finden, und damit sind wir, die ÖVP, sicher nicht einverstanden. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech. Bitte.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn es nicht so traurig wäre, dann könnten wir das alles unter dem Motto „Darf es ein bißchen mehr sein?!“ betiteln.

Immerhin haben wir es mit einer Auftragsüberschreitung von netto 4,7 Mio. S zu tun, und das sind immerhin 15 % der Ursprungssumme.

Es ist dies für uns vor allem der Anlaß, darauf hinzuweisen, daß es in keiner Kommune der Regelfall werden sollte, daß sich die tatsächlichen Ist-Kosten von den prognostizierten Kosten in einem Maß entfernen, die, betriebswirtschaftlich betrachtet, nicht mehr tolerierbar sind. Kostenwahrheit - bereits im Planungsbereich - sollte dazu unsere Anregung und unser Wunsch sein. Sonst besteht nämlich die Gefahr, daß immer öfter der Fall eintreten könnte, daß Kostenüberschreitungen aufgrund ihrer akzeptierten Regelmäßigkeit irgendwann einmal gar nicht mehr hinterfragt werden, sondern einfach als gegeben hingenommen werden.

Und gerade unter Bedachtnahme auf die positive Entwicklung der finanziellen Situation der Stadt Steyr sollten die Kriterien Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit, Effizienz bereits zu Planungsbeginn wieder stärker in den Vordergrund treten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Schlußwort, Herr Referent!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Danke verbindlichst, gerne. Es ist für mich wirklich sehr erfreulich, daß aufgrund der Wortmeldung von Kollegen Hack, der ja neu im Gemeinderat ist, die ÖVP offensichtlich eine neue Linie bzw. neue Wege beschreitet. Denn ihre Vorgänger, Herr Kollege Hack, waren es an und für sich, die Budgets beschlossen haben, für die eben keine entsprechenden Sanierungsmittel für das angesprochene Hallenbad vorgesehen waren.

Ich könnte es mir jetzt relativ leichtmachen, was ich aber nicht tue. Ich sage es nur ihnen, weil sie neu im Gemeinderat sind. An und für sich wäre das eigentlich eine Sache, die über das Bauamt abläuft, aber es ist nun einmal so, daß sich gewisse Dinge in der Verantwortung bzw. im Verantwortungsbereich eines Referenten überschneiden.

Aber ich gebe ihnen grundsätzlich trotzdem recht. Auch ich persönlich war nicht erfreut darüber, als ich erstmals erfahren habe, daß eben Mehrkosten in dieser Größenordnung notwendig waren. Allerdings darf man nicht den gesamten Betrag herausnehmen, denn das steht ja auch im Amtsbericht und ist nachvollziehbar, daß eben aufgrund einer effizienten Vorgangsweise Vorgriffe in die nächste Bauetappe gemacht wurden. Aber ich glaube, daß vor allen Dingen eines durch diese Situation aufgezeigt wurde, nämlich wie schwierig es ist, bestehende Bestände zu sanieren. Vor allen Dingen dann - und da gebe ich ihnen auch nicht unrecht -, wenn sehr lange nichts getan wurde, was ja eigentlich immer von uns im Interesse gelegen hat, darauf hinzuweisen. Und nicht zuletzt war es die bedauerliche Situation, daß wir 30.000 Liter Wasser in 24 Stunden verloren haben, die zu einer Sperre des Hallenbades geführt hat. Es hat tatsächlich soweit kommen müssen. Wenn das nicht gewesen wäre, hätten wir wahrscheinlich heute noch kein teilweise saniertes Hallenbad.

Aber wie gesagt, wir stehen vor der Situation, wo wir einfach nicht zurückkönnen, daher glaube ich - und das hat auch der Herr Bürgermeister angekündigt -, daß es bei den nächsten Bauetappen und bei den nächsten Sanierungsmaßnahmen notwendig sein wird, Fachleute beizuziehen, denn die Sanierung eines Hallenbades ist ein besonders heikles Gebiet, ein besonders heikles Thema, eine besonders heikle Thematik. Das hat offensichtlich die Grenzen aufgezeigt, genaue Kostenermittlungen durchzuführen. Man hat allerdings auch aufgrund der Situation „Betonsanierung“ erkennen müssen, daß diese Schäden weiter fortgeschritten sind, als sie von außen erkennbar waren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Danke für dieses Schlußwort. Also es war nicht so einfach. Man muß auch für diejenigen, die die Gnade der späteren Geburt sozusagen da im Gemeinderat haben, sagen, daß natürlich schon die Gemeinderäte aus der Funktionsperiode vor 1991 Sanierungskonzepte beauftragt hatten, daß das 1990 am Tisch gelegen ist, wie ich z.B. da hergekommen bin. Ich habe das auch zur Priorität erklären lassen, und der Gemeinderat hat das beschlossen. Es hat damals allerdings eine sehr starke Festlegung in Richtung Erlebnisbad gegeben - nicht wahr? - ein „Erlebnis“ ist ja fein, aber die Kosten waren so bei 145 Mio. S.

Als ich das erste Mal beim jetzigen Herrn Landeshauptmann, der damals schon Sportreferent war, erschienen bin, um ihm die Klinke zu putzen und um ihm dieses Ansuchen zu überreichen, hat er mir damals schon erklärt, daß er dieses Konzept mit 145 Mio. S und das dazugehörige Ansuchen, das wir als Stadt Steyr gestellt haben, nicht einmal mit den Fingerspitzen angreift; daß es viel zu teuer ist und hier günstigere Sanierungskonzepte ausgearbeitet werden müssen - was wir auch getan haben, was aber schwierig war. Die Firmen haben gemeint, es muß so teuer sein. Wir sind in zwei Etappen dann auf 80 Mio. S - oder so etwas in der Gegend - heruntergekommen.

Es hat sich dann gezeigt, daß die Experten der Landesregierung (Bäderbaubeirat) gemeint haben, die erste Etappe könnte um rd. 20 Mio. S gemacht werden. Es waren Lokalausweise vor Ort. Der Kollege Eichhübl war dabei. Wir alle. Wir haben uns damit sehr eingehend beschäftigt. Ergebnis war, daß die Vergabe um 27,6 Mio. S erfolgte und daß über diese Summe hinaus - diese 27,6 Mio. sind aber auch von den Experten des Bäderbaubeirates der Landesregierung, also von den Fachleuten, abgesegnet gewesen - wir jetzt diese Kostenüberschreitung haben.

Richtig ist, daß man bei der Aufnahme dieser ganzen Schäden natürlich nicht sehen konnte, wie sich das Betonbecken tatsächlich darbot und daß da umfassende Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden mußten, die sehr aufwendig waren usw.

Und jetzt wird es sich zeigen, wie das mit der 2. Etappe ist. Die Argumentation, daß aus technischen Gründen Vorgriffe auf die 2. Etappe gemacht wurden, ließe ja normalerweise die Annahme aufkommen, daß dann die 2. Etappe billiger sei. Aber das ist nicht so. Die wird jetzt um 50 % teurer als ursprünglich präliminiert. Und da brauchen wir noch ganz dringend eine fachliche Beurteilung von den Fachleuten der Landesregierung, die jetzt in Gang kommt.

Wir werden uns also mit dieser Materie noch länger beschäftigen müssen. Und es war auch nicht so - hat natürlich der Rechnungshof, der alle 5 Jahre kommt, auch eine Momentaufnahme gemacht und geschrieben, was seine Einschätzung der Lage ist. Das Land OÖ. hat uns unter 56 vorliegenden Bäderbausanierungsansuchen in OÖ. die Gunst erwiesen, und uns auf den 8. Platz vorzureihen. Alle haben interveniert, auch der anwesende Kollege Klausberger. Wir haben das zustande gebracht. Aber dann haben die 2 Jahre keine Sitzung gemacht, weil beim Land auch kein Geld für diese Bäderrückbauaktionen da war, daher hat sich das hinausgeschoben. Alleine können wir es aber nicht sanieren. Wir haben dann einen 40 %igen Zuschuß, eine Förderung des Landes, erreicht, allerdings auf Basis von: 1. Etappe 20 Mio. S, 2. Etappe 24 Mio. S - sprich: 44 Mio. S. Jetzt befinden wir uns bei 32 Mio. S plus 36 Mio. S. Das heißt, es muß auch die Förderkulisse nachverhandelt werden. Also da ist allerhand im Spiel, und ihr seht, wie da die Millionen laufen und wie wenig Einflußmöglichkeiten wir eigentlich auch als Gemeinderäte auf die Kostenentwicklung in so einem Bereich haben.

Was wir in Wirklichkeit tun können, ist nichts anderes, als qualifizierte Fachleute dafür anzusetzen. Das haben wir getan, aber dennoch entwickeln sich die Kosten in einer erschreckenden Weise. Das wollte ich nur sagen, um das klarzustellen. Natürlich hat der Referent nicht da die ganze Verantwortung - und keiner in dem Kreis - alleine zu tragen. Es war ein Projekt, das hier auf breiter Basis realisiert wurde.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Nachdem es schon geschehen ist, werden wir wohl zahlen müssen. Ich bitte euch daher, eure Hände zu heben. Danke. Ist jemand dagegen? Nicht

der Fall. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF).

Sie sind alleine, Frau Frech. Stellen sie sich vor, die Mehrheit im Gemeinderat hätte das getan, dann hätte man Verbindlichkeiten im Ausmaß von 4,7 Mio. S, die wir nicht bedecken könnten. Das wäre natürlich tragisch. Das kann man tun, wenn man in der Minderheit ist.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Und wenn man weiß, daß die Mehrheit anders entscheidet.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir werden noch viele Entscheidungen treffen. Gut. Damit danke ich Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Gunter Mayrhofer, bitte sehr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf jetzt zur 2. Hälfte aller Anträge kommen und mit dem 1. Antrag, der sich mit Maßnahmen zur Ortsbildpflege beschäftigt, beginnen, und zwar betrifft das den 2. Teil, vor allem in den Gebieten „Innere Stadt“, „Ennsdorf“, „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“. Hier geht es um Färbelungen, Gedenktafeln, Fenstertausch usw. Es ergeht daher an den Gemeinderat folgender Antrag:

9) K-1/97 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1997 - 2. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 17. September 1997 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

„Innere Stadt“ und „Ennsdorf“, „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“ insgesamt: S 940.428,-- bei der VA-Stelle 5/3630/778000.0.

Freigabe 1997, 2. Teil S 394.000,--

Restbeträge 1997, 1. Teil S 39.240,--

Restbeträge 1996 S 507.188,--

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 244.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich bitte sie, Herr Bürgermeister, darüber die Diskussion bzw. die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird. Das ist der Fall. Kollege Payrleithner, bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Manchmal holt einen die Vergangenheit ein bißchen ein, und in diesem Fall, auch wenn der Referent neu ist, werfen die Schatten der Vergangenheit auch ein bißchen auf den neuen Referenten, vor allem auf seinen Glanz.

Ich möchte jetzt nicht alles wiederholen, was ich 6 Jahre lang dem Herrn Holub und dann seinem Nachfolger, Herrn Ex-StR. Schloßgangl, der für diese Dinge - nämlich Denkmalpflege, Altstadterhaltung - zuständig war, immer aufgelistet habe, die es Wert wären, daß sie endlich einmal einer Lösung zugeführt werden. Ein bißchen was hat sich ja getan, leider sind noch sehr viele Dinge, die einer Lösung harren: Bürgerspital, Zwischenbrücken, Steyrdorf und vieles mehr. Ich gebe ihnen eine Chance von ein paar Monaten und wir werden uns

Zwischenrufe: 100 Tage

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

100 Tage, ein bißchen Fairneß muß auch sein. Ich meine das durchaus ernst, nämlich auch um jene Maßnahmen zu unterstützen, die der Bürgermeister ja heute am Beginn der Sitzung erwähnt hat, die schon auch dazu führen, daß ja eine erfreuliche Tendenz beim Fremdenverkehr in Steyr festzustellen ist, und die soll man auch in diesen Dingen unterstützen, um diese wunderschöne Stadt noch schöner zu machen. Vieles ist geschehen. Aber ich glaube, daß gerade im Altstadtbereich noch einiges zu erledigen ist.

Ich möchte aber jetzt noch auf etwas eingehen, da es auch die Altstadt und die Erhaltung unserer

wunderschönen Stadt betrifft, und zwar eine Meldung, die heute für mich sehr überraschend in den Nachrichten (glaube ich) stand, und zwar was den so beherrschenden Teil der Stadt betrifft, nämlich den Fluß. Da ist gestanden, vielleicht haben das einige andere auch gelesen, daß man beabsichtigt - ich habe das eher mit dem 11.11.1997 in Zusammenhang gebracht, aber es dürfte sich um ernsthafte Überlegungen handeln - den Wasserspiegel, vor allem auch in der Altstadt, die Stauwurze geht ja bekanntlich bis zum Pumpwerk, bis zum Ruderverein, um 1 m in der Stadt abzusenken. Man muß sich einmal vorstellen, welche Auswirkung das hätte. Nicht nur, wenn man rudert, daß es dann staubt - das wäre eine Nebenerscheinung.

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Aber ich glaube, daß es doch das Stadtbild vehement beeinflussen würde. Man muß sich das einmal vorstellen, wie es da aussehen würde, vor allem in der kälteren Jahreszeit, wo an sich der Wasserstand sehr niedrig ist, welche verheerenden Auswirkungen das auf die Stadt hätte und auch abgesehen vom Uferbereich, in welchem Zustand sich der dann präsentieren würde. Ich glaube, daß sich auch hier der Gemeinderat - lt. dieser Meldung gibt es ja bereits die Absicht, hier die Dinge ernsthaft einzuleiten - damit auseinandersetzen sollte, weil ja doch das Stadtbild wesentlich verändert wird. Ich glaube, daß das nicht gut wäre. Ich würde eher meinen, daß man, wenn man das unter dem Titel „Hochwasserschutz“ sehen möchte - so ist es nämlich auch drinnen gestanden -, vielleicht die bestehenden Möglichkeiten der Förderungen noch ausbauen sollte. Es hat ja auch Überlegungen gegeben, daß man für jene, die sich das vielleicht nicht so leisten können, noch einmal die Förderungen überlegen sollte. Es läßt sich da sicherlich noch einiges machen. Ich bin selbst davon betroffen, weil ich in unmittelbarer Nähe der Enns wohne. Aber ich glaube, daß das die schlechteste Variante und Lösung wäre. Ich würde alle auffordern, sich darüber Gedanken zu machen. Ich glaube nicht, daß das gescheit wäre und daß das für die Stadt eine sehr zukunftssträchtige Überlegung wäre.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich kann vielleicht dazu noch etwas sagen, damit sich da keine Legenden entwickeln. Es ist tatsächlich so, daß es bei den EKW Überlegungen gibt - ich weiß nicht, bei welchen anderen Wasserbauern noch -, die man mir einmal bei einem Lokalaugenschein erklärt hat. Allerdings unter dem Aspekt - und ausschließlich unter dem Aspekt -, daß durch das Herausbaggern von rd. 200.000 m³ Flußgrund im Bereich der Reeder Brücke es zu einem schnelleren Abfließen der Hochwässer kommen könnte, was den Hochwasserstand ca. um 1 m absenkt. Es würde also nicht mehr so hohe Wasserstände bei Hochwasser im Stadtgebiet geben. Und der Rückstau der Steyr würde durch die Enns auch kein so großer sein.

Daß es dabei auch zu einem Absenken des Normalwasserspiegels im Stadtbereich kommt, wurde dort nicht gesagt. Es war auch überhaupt keine offizielle Präsentation, sondern die Herrschaften wollten einmal sagen, welche Möglichkeiten es gäbe, um den dauernden Hochwasserbedrohungen im Stadtgebiet die Dramatik zu nehmen. Es würde solche Möglichkeiten geben, das meinen Wasserbauer. Mehr ist dazu überhaupt nirgends geschehen, also mir jedenfalls nicht bekannt.

Im Laufe einer Stunde hat man mir das einmal erklärt, wie das gemacht werden könnte. Es gibt auch kein konkretes Projekt und auch keine Amtsvorgänge im Rathaus. Sollte so etwas erwogen werden, würden sich selbstverständlich der Planungsausschuß und der Bauausschuß sowie der Gemeinderat intensiv damit beschäftigen müssen. Außerdem wird das ja einiges an Geld kosten, weil das würden ja auch nicht andere übernehmen.

Also es kann hier beruhigt werden, wenn jemand glaubt, es gibt da irgendwelche geheime Absprachen und irgendwelche Vorgangsweisen, die plötzlich dazu führen, daß es beim Rudern (wie du gesagt hast) staubt, solche Absichten haben wir wirklich nicht.

Es wäre ja auch völlig sinnlos, auf der einen Seite sehr viel Geld aufzuwenden, um die Stadt schön zu machen und etwas, was das Spezifische unserer Stadt ausmacht, nämlich die beiden Flüsse, faktisch durch solche Wasserbaumaßnahmen ins Abseits zu drängen.

Es ist sogar eines gesagt worden, daß es durch diese Maßnahme auch möglich wäre, dem Fremdenverkehr einen zusätzlichen Auftrieb zu geben, weil dann die Enns bis Zwischenbrücken wirklich schiffbar wäre. Das war auch mit in dieser Überlegung, die mir, wie gesagt, in einer kurzen Information einmal nähergebracht wurde.

Wird ein Schlußwort gewünscht, Herr Referent?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich bedanke mich bei Kollegen Payrleithner für die 100 Tage. Ich hoffe aber auch, weil am Engagement wird's nicht liegen, daß wir auch die notwendigen Mittel bekommen werden. Und ich nehme da selbstverständlich an, daß sie mit mir stimmen, da wir bei den Budgetverhandlungen sehr viele Mittel für die Altstadterhaltung und Denkmalpflege fordern werden. Ich freue mich darauf.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der 2. Antrag befaßt sich mit der Errichtung des Kanalanschlusses der Sortieranlage der Firma Waizinger in Hausleiten. Hier geht es um die Endabrechnung und auch um eine Auftragsserhöhung. Diese Erhöhung ist dadurch entstanden, weil eine Verlegung notwendig war, da der direkte Weg mit Versorgungsleitungen verbaut war. Das heißt, man hat einen Umweg machen müssen. Und es ergeht daher folgender Antrag an den Gemeinderat:

10) BauT-2/96 Errichtung Kanalanschluß Sortieranlage Firma Waizinger in Hausleiten; Endabrechnung; Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 22. September 1997 wird nach Endabrechnung der nachträglichen Auftragserhöhung der Kanalisierungsarbeiten für die Herstellung des NK Waizinger in Hausleiten an die Fa. Illichmann-Haider, Steyr, Goldbacher Straße 56 b, in Höhe von S 36.990,94 excl. MWSt. auf insgesamt S 236.990,94 excl. MWSt., zugestimmt.

Die Begründung für die Erhöhung ist im Amtsbericht näher erläutert.

Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 37.000,-- excl. MWSt. werden bei der VAST. 5/8510/004480 (Kanalisation Hausleiten) im Wege einer Kreditübertragung von der VAST. 5/8510/050200 (Kanal Christkindlsiedlung) bereitgestellt.

Ich bitte, Herr Bürgermeister, um Diskussion bzw. Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Eine Wortmeldung zu diesem Punkt? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der dritte Antrag befaßt sich mit einer Straßenverbreiterung: Marsstraße - Hoferberg. Hier wurde aufgrund der momentanen Situation, weil dieses Streckenstück nur einspurig befahrbar ist und das eine sehr gefährliche Ausfahrt darstellt, wo auch gerade in letzter Zeit ein schwerer Unfall passiert ist, vorgesehen, eine Art Trompete zu machen, das heißt, um die Einsicht in den Hoferberg zu erhöhen.

11) Bau6-28/93 Bau3-27/93 Kanalisation Christkindlsiedlung; Straßenverbreiterung Marsstraße - Hoferberg; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 23. September 1997 werden die notwendigen Straßenbauarbeiten zur Verbreiterung der Marsstraße im Kreuzungsbereich Hoferberg an die Firma Erdbau Auinger, 3300 Stift Ardagger, zum Preis von S 184.182,-- incl. MWSt., vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 184.182,-- incl. MWSt. werden bei VAST. 5/6120/002220.1 (Straßenbau Christkindl) im Wege einer Kreditübertragung von der VAST. 5/8510/050200.3 (Kanal Christkindlsiedlung) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme für die restlichen Mittel in Höhe von

S 184.182,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Den nächsten Antrag.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag betrifft eine Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39. Hier geht es um die Stadlmayrgründe am Tabor. Das ist jenes vom ehemaligen Ford-Sommer bis hin zur Tabor-Schule und seitlich bis zur Hangkante Knoglergründe begrenzte Gebiet. Hier geht es darum, daß ein Bauansuchen vorliegt und man generell eine Änderung vorsieht, daß man hier eine Bebauung, ähnlich wie Bauwelt und Taborland, machen kann.

Es ergeht daher folgender Antrag an den Gemeinderat:

12) BauGru-79/96 Bebauungsplan Nr. 39 - Änderung Nr. 4 - Stadlmayr-Gründe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der vorliegende Änderungsplan - Bebauungsplan Nr. 39 - Stadlmayr-Gründe - Änderung Nr. 4 - wird entsprechend den Plänen der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 26. Februar 1997 sowie nach Maßgabe des vorliegenden Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 23. September beschlossen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche sie, Frau Vizebürgermeister, um Diskussion bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER

Danke. Ich darf zum nächsten Antrag kommen. Hier geht es um Baumaßnahmen Steyrdorf - 3. Teil und die Obeflächengestaltung der Sierninger Straße, Mittlere Gasse bis Pfefferlberg. Hier wurde gewartet, bis alle Arbeiten - Kanalisation, OKA-Arbeiten usw. - vollendet sind, und jetzt sollen sie dem anderen Bereich angeglichen werden, das heißt, gepflastert werden. Nicht mehr in der ganz aufwendigen Art, wie man es im vorderen Bereich gemacht hat, aber doch in einer ansprechenden und entsprechenden Art.

Es ergeht daher folgender Antrag:

13) Bau6-6673/92 Bau3-7370/92 Baumaßnahmen Steyrdorf, 3. Teil; Oberflächengestaltung der Sierninger Straße, Mittlere Gasse bis Pfefferlberg; Auftragserweiterung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 8. Oktober 1997 wird im Zusammenhang mit den erfolgten Kanalbauarbeiten Steyrdorf 2. und 3. Teil der Auftragserweiterung für zusätzliche Oberflächengestaltungsmaßnahmen im Bereich Sierninger Straße - Mittlere Gasse bis Mehlgraben an die Firma Ploier & Hörmann, 4614 Marchtrenk, in Höhe von S 259.000,-- excl. MWSt., zugestimmt.

Die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von S 259.000,-- excl. MWSt. werden bei der VASSt. 5/8510/050420 (Kanalbau Steyrdorf-Wehrgraben) im Wege einer Kreditübertragung von der VASSt. 5/8510/050200 (Kanal Christkindlsiedlung) bereitgestellt.

Weiters werden Mittel des Straßenbaues in Höhe von S 61.500,-- (Übertrag 1996 - 1997) von der VASSt. 5/6120/002280 (Straßenbau Innere Sierninger Straße) auf die Kanalhaushaltsstelle VASSt. 5/8510/050420 (Kanalbau Steyrdorf-Wehrgraben) übertragen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke. Nächsten Antrag bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke schön. Der nächste Antrag bezieht sich auf die Straßenbenennung bei der Aufschließungsstraße „Leeber Gründe“. Hier geht es um eine Straße, die in Prof. Carl-Hans Watzinger Straße“ benannt werden soll. Das ist ein Dichter, der in Steyr ansässig war und aufgrund der erstellten Liste ausgesucht wurde.

Es ergeht folgender Antrag an den Gemeinderat:

14) Ges-34/96 Straßenbenennung „Leeber-Gründe“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten vom 31. Oktober 1997 erhält die Aufschließungsstraße im Bereich der „Leeber-Gründe“, im Lageplan der FA Stadtentwicklung und Stadtplanung blau bzw. pinkfarben lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung *Prof. Carl Hans Watzinger-Straße*.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser wurde einstimmig angenommen. Danke.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Straßenbauarbeiten in der Carl-Hans Watzinger Straße. Die ersten Wohnbauten werden Ende November bezogen, und deshalb ist die Fertigstellung der Straßenbauarbeiten dringend notwendig.

Es ergeht daher folgender Antrag an den Gemeinderat:

15) BauStr-24/97 Straßenbau „Carl-Hans Watzinger Straße“; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 29. Oktober 1997 wird dem Ausbau der „Carl Hans Watzinger Straße“ zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Bauarbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten von S 592.120,08 inkl. MWSt. übertragen.

Die erforderlichen Mittel sind bei VASt. 5/6120/002250.8 vorgesehen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 592.120,08 notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Punkt betrifft die Kanalisation im Einzugsbereich Gleink, Wolforn herunter. Hier geht es darum, daß wir von der Wasserrechtsbehörde für eine Kollaudierung beauftragt wurden. Dafür sind Untersuchungen mit einer TV-Kamera notwendig.

Es ergeht daher folgender Antrag:

16) Bau6-4840/83 Kanalisation Einzugsgebiet FIII/FI; Bereich Weinzierl-, Wolforn-, Feld-, Steiner- und Hochstraße; Kanal-TV-Kameraunter-suchungen; Vergabe der Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. Oktober 1997 wird der Auftrag zur TV-Untersuchung der bestehenden Kanäle im Bereich der Weinzierlstraße, Wolfornstraße, Feldstraße, Steiner Straße und Hochstraße an die Firma Rabmer, 4203 Altenberg, Bruckbachweg 23, zum Preis von S 53.000,-- excl. MWSt., vergeben.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 53.000,-- excl. MWSt. werden bei der VSt. 5/8510/728000 (Entg. f. sonst. Leist. gew. t. Firmen) im Wege einer Kreditübertragung von der VSt. 5/8510/050200 (Kanal Christkindlsiedlung) bereitgestellt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung bzw. um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Den letzten Antrag bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich darf nun zum letzten Antrag kommen, und zwar geht es hier um die Errichtung eines Kanalanschlusses und um das Pumpwerk im Reithoffergebäude. Hier hat es eine Auftragserrhöhung gegeben, weil zusätzlich ein Behinderten-WC eingebaut wurde und weil vor allem jetzt für die Einbringung der Exponate der Vorplatz asphaltiert werden soll.

Es ergeht daher folgender Antrag:

17) BauT-3/97 Errichtung Kanalanschluß und Pumpwerk Reithoffergebäude; Auftragserrhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 25. Oktober 1997 wird der Auftragserrhöhung an den Städtischen Wirtschaftshof der Stadt Steyr, in Verbindung mit zusätzlichen Bau- und Oberflächenbefestigungsmaßnahmen bei der Kanalisation Reithofferkwerk - Landesausstellung, in Höhe von S 200.000,-- excl. MWSt. auf gesamt S 340.000,-- excl. MWSt. zugestimmt.

Die Begründung für die zusätzlichen Maßnahmen und die Erhöhungen sind im Amtsbericht näher ausgeführt.

Die erforderlichen Mittel für die Mehraufwendungen und die zusätzlichen Gestaltungsmaßnahmen werden bei der VAST. 5/8510/004000 (Ausbau weiterer Kanäle) im Wege einer Kreditüberschreitung freigegeben. Im Gegenzug wird die auf VAST. 5/3600/77000 bereits beschlossene und im Voranschlag 1998 vorgesehene Transferzahlung an den Verein IndustrieForum Steyr für die Adaptierung des Reithoffergebäudes um S 200.000,-- reduziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 200.000,-- excl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird.

Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke Herrn StR. Mayrhofer für die Berichterstattung und übergebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz. Wir sind nun bei dem Tagesordnungspunkt angelangt, bei dem wir die Resolution, die im Zuge des Dringlichkeitsantrages eingebracht wurde, zu behandeln haben.

Ich darf ihnen den Text zur Kenntnis bringen, damit das für das Protokoll ausreichend ist. Der Text lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

BETREFFEND DIE ERHALTUNG DER TROLLMANNKASERNE IN STEYR

An die

OÖ Landesregierung und

Österreichische Bundesregierung

Seit Anfang dieses Jahrhunderts ist Steyr Garnisonsstadt. Schon des öfteren - zwischen 1923 und 1925 als auch 1992 - war eine Schließung der Kaserne in Steyr im Gespräch. Befürchtete Nachteile für das Steyrer Wirtschaftsleben brachten damit die Bevölkerung der Stadt dazu, sich erfolgreich dagegen zu wehren.

Die „Heeresgliederung Neu“, die 1992 beschlossen und 1995 endgültig umgesetzt wurde, brachte schon eine Verringerung der Arbeitsplätze in der Trollmannkaserne mit sich. Nun wird vom Bundesminister für Landesverteidigung eine neuerliche Umgliederung angestrebt, die eine Schließung der Trollmannkaserne in Steyr zur Folge haben könnte. Die vorgesehene ersatzlose Auflösung des Stabsbataillones 4, und damit der Fernmeldekompanie in Steyr, als auch die Pläne, die Fliegerabwehrbatterie aus Steyr nach Hörsching zu verlegen, würden diese Schließung begründen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher alle politischen Verantwortlichen des Landes Oberösterreich und des Bundes, insbesondere jedoch die Österreichische Bundesregierung, auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß Steyr Garnison bleibt und begründet dies wie folgt:

In den vergangenen 35 Jahren haben sich sowohl die Soldaten als auch die Kaserne selbst gut in die Stadt integriert. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist voll vorhanden. Eine Schließung der Trollmannkaserne hätte für die Bediensteten, wie auch für die Stadt Steyr, wirtschaftlich und auch sozial äußerst nachteilige Folgen. Rund 100 Beamte, Vertragsbedienstete und Zeitsoldaten samt ihren Familien müßten zu anderen Dienstorten, größtenteils außerhalb Oberösterreichs, abwandern. Zudem können rund 500 Grundwehrdiener jährlich aus Steyr und Umgebung sowie dem Enns- und Steyrtal nicht mehr in Heimatnähe einrücken. Schon jetzt leisten etwa 40 % der oberösterreichischen Grundwehrdiener ihren Präsenzdienst in anderen Bundesländern ab. Durch eine mögliche Schließung der Trollmannkaserne würde sich dieser Prozentsatz erheblich erhöhen.

Der Stadt Steyr ginge durch die Bundesheerbediensteten und die Grundwehrdiener eine Kaufkraft von rund 30 Millionen Schilling pro Jahr verloren. Eine Reihe von Gewerbebetrieben wäre durch den Verlust von Zulieferaufträgen und Instandhaltung (ca. 4,5 Mio. S) indirekt betroffen.

Auch kurzfristige Assistenz- und Hilfeleistungen, z.B. bei Katastrophen und Objektschutz, wären nur mehr schwer möglich.

All diese Gründe zeigen die möglichen schwerwiegenden Folgen in wirtschaftlicher und sozialer

Hinsicht für diese Region auf.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr fordert daher die Oberösterreichische Landesregierung, die Österreichische Bundesregierung und insbesondere Herrn Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Werner Fasslabend, auf, alles zu unternehmen, um die Trollmannkaserne in Steyr zu erhalten und damit sicherzustellen, daß Steyr auch künftig weiterhin Garnisonsstadt bleibt. Sei dies als Standort eines eigenständigen Truppenkörpers, als Teil eines Truppenkörpers, als Ausbildungszentrum oder als Schule im Rahmen des Österreichischen Bundesheeres.

Meine Damen und Herren, die Resolution steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Wortmeldung, Kollege Eichhübl, bitte sehr.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. An sich ist es ja müßig, dazu das Wort zu ergreifen, weil ich glaube, daß weit über alle parteipolitischen Grenzen hinaus das Interesse vorliegt, die Kaserne in Steyr zu erhalten.

Ich finde es nur bedauerlich, daß ja bereits das 2. Mal, soweit ich mich erinnern kann, sich der Gemeinderat mit einer Resolution befassen mußte, und das ist ja auch in diesem Antragstext beinhaltet, daß es bereits eine Kürzung des Personalstandes am Standort Steyr gegeben hat.

Ich kann nur hoffen, daß diesmal diese Resolution entsprechende Früchte zeigt und tatsächlich nicht wieder ein schwerer Einschnitt in bezug auf Personalrückschritt in diesem Bereich gemacht oder überhaupt der Bestand der Kaserne in Steyr gefährdet wird.

Unter diesem Gesichtspunkt und unter diesen Überlegungen werden wir natürlich diesem Antrag oder dieser Resolution sehr erfreut die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für diese Resolution stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Die Resolution wurde einstimmig beschlossen und wird an die Mitglieder der Landesregierung und der Bundesregierung geleitet.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf mitteilen, daß hier im Rahmen der Behandlung unserer Verhandlungsgegenstände insgesamt die Ausgabe von S 13,879.900,-- beschlossen wurde.

Aktuelle Stunde

SPÖ? Kein Thema.

FPÖ? Ein Thema. Bitte wer?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Hoflehner.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Hoflehner, bitte sehr. Ich darf mitteilen, bei der „Aktuellen Stunde“ beträgt die Redezeit 5 Minuten.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen! Vor dem 5. Oktober hörte man von einigen Parteien, konkret vom Liberalen Forum und auch von der ÖVP, wie wichtig es wäre, in Steyr einen Wirtschaftsausschuß zu gründen. Auch unsere Fraktion war eigentlich mit großer Begeisterung dabei. In manchen Punkten in diesem Saal wird nie Einigkeit erzielt werden. Ich denke jedoch, in einem Punkt sind wir uns alle einig, wenn es um die geringstmögliche Zahl von Arbeitslosen und um die Vision „Vollbeschäftigung in Steyr“ geht.

Das alles hat unmittelbar mit Wirtschaftsfragen zu tun. Ohne blühende Wirtschaft, gibt es kein aufblühendes Steyr. Und ohne die Einnahmen aus der Kommunalsteuer, kann Steyr nicht reich werden.

Steyr ist in der Vergangenheit mit großen Problemen fertig geworden. Wenn einiges schiefgelaufen wäre, könnten wir hier einen Industriefriedhof haben. Gott sei Dank - BMW sei Dank, SNF sei Dank, MAN sei Dank, den Stadtvätern sei Dank - sind wir, was die industriepolitische Betrachtungsweise betrifft, ein aufstrebendes Hoffungsland. Für die Großindustrie ist ein Wirtschaftsausschuß weniger wichtig als eher für die Kleinbetriebe. Die „Großen“ können sich leichter helfen. Eine Lobby - und dieses Wort wird leider oft negativ mißbraucht - ist eigentlich nichts anderes als eine Interessengemeinschaft und die braucht vielmehr der Handel und das Gewerbe.

Ich habe einige Freunde, die sehr gute Kaufmänner und gute Kauffrauen sind, die durch permanente Umsatzrückgänge und dennoch steigende Kosten echt verzweifelt sind. „Ich weiß nicht, ob ich ein solches Jahr noch durchstehe“, höre ich nicht zum ersten Mal.

Ich weiß auch nicht, ob es unsere Aufgabe ist, aber ich weiß, daß viele frische Motivation und neue Impulse brauchen. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß Steyr ein enormes Potential als Handels- und Tourismusstadt, als Einkaufsstadt und Kulturstadt hat.

Der Wirtschaftsausschuß hätte in diesem Bereich ein sehr großes Betätigungsfeld, nämlich in Zusammenarbeit mit bestehenden Organisationen. Und überhaupt müßten in diesem

Wirtschaftsausschuß nicht nur politisch agierende Wirtschaftstreibende, sondern auch andere dabeisein: Magistratsbedienstete, Kreative usw.

Ein weiteres Ideenforum für den Wirtschaftsausschuß könnte sein: Steyr braucht ein völlig neues Wirtschaftskonzept, visionäre mittel- und langfristige Zukunftsszenarien in einem Art Masterplan, Ideenfindung zur Wiederbelebung des Bereichs rund um den Stadtplatz - Problem, daß eingesessene Handelshäuser immer mehr von internationalen Filialisten verdrängt werden -, ein zentrumsnahes Parkhaus gehört zu diesem Thema, neue Richtlinien für Förderungen, regelmäßiges Treffen mit großen Steyrer Wirtschaftskapitänen, Förderungen = Belobigungen für besondere Wirtschaftsinitiativen einzelner. Schwerpunktförderung von Kleingewerben und Jungunternehmern, kreative Marketingstrategien, Hearings mit Trendforschern und vieles mehr.

Ich weiß, daß manches schon angedacht wurde, und ich weiß auch, daß manches schon geschehen ist. Trotzdem müssen alle Verantwortlichen mit Vollgas, unter Berücksichtigung der Ökologie, die Wirtschaft, die gleichbedeutend mit dem Wohl unserer Stadt ist, vorantreiben.

Wir, die Freiheitlichen, stellen in diesem so wichtigen Punkt die Gemeinschaftsinteressen der Stadt vor die Eigeninteressen der Partei.

Vielleicht abschließend noch eine etwas naive Frage von mir hier als Neuling: Warum gibt es keinen Wirtschaftsausschuß, wenn er im Vorfeld zur Diskussion gestanden ist? Werden Ausschüsse von einer Partei alleine bestimmt? Und könnte man nicht, damit nicht noch mehr Ausschüsse zustande kommen, die Agenden für den Ausschuß der Stadtentwicklung zugunsten des Wirtschaftsausschusses dem Bauausschuß zuführen? Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr. Wer wünscht weiter das Wort zu diesem Thema? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Nur eine sehr kurze Anmerkung zu diesem Thema. Es freut mich, zu hören und festzustellen, daß das, was ich in der Fraktionserklärung bei der konstituierenden Sitzung gebracht habe - „Was kann eine Partei, eine Fraktion mit nur einem Mandat bewirken?“ -: Meinungsbildung. Hier wird einmal eine Idee des Liberalen Forums etwas abgekupfert, was uns allerdings nicht stört ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

... weil wir uns auch nicht unbedingt Parteiinteressen zugute halten, sondern daß es um die Sache geht.

Wir haben das im Vorfeld des Wahlkampfes immer wieder betont, daß wir davon ausgehen, daß es für die Stadt wichtig wäre, das Thema Wirtschaft zentraler zu behandeln, unter anderem in Form eines Ausschusses. Dieser Ausschuß allerdings - und da freut es uns, daß sie, von seiten der Freiheitlichen Partei, diese Anregung auch aufgenommen haben - sollte nicht unbedingt wieder ein politischer Ausschuß sein, sondern ein Ausschuß, in dem zwar Kommunalpolitiker vertreten sind, aber genauso sachkundige Personen als Unternehmer, als Kunden, auch Beamte usw., um wirklich einfach dem Thema Wirtschaft einen größeren Stellenwert in dieser Stadt zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Grundsätzlich sind wir zu diesem Thema gesprächsbereit. Was mich ein bißchen gestört hat, war das Ende von dem Statement des Kollegen Hoflehner, den Stadtentwicklungsausschuß aufzulösen.

Wir können ruhig darüber diskutieren, ob jetzt ein Wirtschaftsausschuß notwendig ist oder woanders eingegliedert werden kann. Aber wogegen ich mich zutiefst wehre, und nicht nur, weil wir damals diesen Ausschuß durchgebracht haben, sondern weil es einfach notwendig ist, daß die Stadtentwicklungsagenden, insbesondere mit dem Stadtentwicklungskonzept, das wir jetzt umsetzen müssen bzw. mit dem Flächenwidmungsplan, der jetzt noch ansteht; also wir haben heute schon über eine Fülle von Projekten gesprochen, die anstehen, von der Citygarage bis zur Nutzung des Stadtgutes. Das ist eine Fülle von Aufgaben, die dieser Ausschuß zu bewerkstelligen hat. Umsonst gibt es ihn nicht.

Ich würde da ein bißchen sensibler sein, wenn man dann gleich eine Auflösung eines Ausschusses, im Gegensatz zu einer neuen Installierung eines anderen, einfordert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Bremm, bitte.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Wenn ich sie richtig verstanden habe, Frau Kollegin Frech, meinen sie nicht einen „gemeinderätlichen Ausschuß“, sondern einen, der darüber steht. Wenn ich das so verstanden hätte, dann ist das an und für sich kein Thema des Gemeinderates.

Zu den Wirtschaftsthemen insgesamt; ich glaube, das Thema „Ausschüsse“ kann auch nicht das Thema für uns sein, sondern das ist eine Frage der Politik. Und da gehe ich sicherlich mit ihnen konform, daß es gerade die Politik ist, die hier die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in einer Kommune schon wesentlich beeinflussen kann. Ich kann es mir aber dabei nicht verkneifen zu sagen, daß gerade in den Budgets der letzten Jahre schon wesentliche Punkte waren, die wirtschaftsfördernd und konjunkturbelebend für die Stadt Steyr gewesen sind. Wenn wir nur an die großen Projekte, wie Nordspange oder Bahnhofsüberbauung, Parkdeck und dergleichen mehr, denken - es gibt eine Menge von Projekten aufzuzählen, die hier wirtschaftsbelebend waren und wodurch sich auch die Wirtschaft in Steyr entsprechend positiv entwickelt hat, wie das auch heute schon angesprochen wurde.

Und ich glaube, gerade für die Wirtschaftspolitik und für die Entwicklung der Wirtschaft ist unser FAZAT eine ganz wesentliche Einrichtung, die ja viele Interessierte von weit über die Grenzen Österreichs hinaus auf die Stadt Steyr aufmerksam macht. Ich glaube, daß das die wichtigen Punkte einer Kommune sind, um in der Wirtschaft zu boomen. Aber es soll nicht dort enden, daß wir einen Ausschuß haben, um uns selbstbeweihräuchern zu können. Ich glaube, die Politik ist hier sicherlich gefordert.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Herr Mayrhofer, bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, hier dürfte eine Verwechslung vorliegen. Wir haben nicht den Wirtschaftsausschuß gefordert, sondern das Wirtschaftsressort. Das haben wir nicht bekommen. Wir hätten es uns natürlich gewünscht. Ich glaube nicht, daß uns nur mit einem Ausschuß geholfen ist, obwohl ich mich wirklich mit der Idee anfreunden kann. Überhaupt ist die wirtschaftsfreundliche Einstellung viel entscheidender, die nicht nur von uns dasein muß, sondern die sich auch in der Bevölkerung, in der Beamtenschaft noch viel, viel stärker vertiefen muß.

Ich glaube nicht, und da gehe ich nicht ganz konform mit ihnen, Kollege Bremm, daß man mit dem FAZAT die wirtschaftlichen Belange in Steyr abdeckt. Also dem kann ich mich in keinster Weise anschließen. Das FAZAT ist sicher ein wichtiger Bestandteil und wir sind froh, daß wir es haben, aber es genügt mit Sicherheit nicht für eine wirtschaftliche Entwicklung unseres Raumes.

Ganz entscheidend wird auch eine so schnell wie mögliche Bereitstellung von Gewerbeflächen sein. Darum ist auch unser Wunsch, so schnell wie möglich das Gewerbegebiet auf den Stadtgutgründen ohne Verzögerungen zu installieren, so schnell als möglich, weil der Bedarf ist da. Wir werden fast ständig mit Leuten konfrontiert, die sich hier ansiedeln wollen. Und wir sind momentan ganz offensichtlich nicht in der Lage, entsprechende Grundstücke anzubieten. Das heißt, wenn so ein Wirtschaftsausschuß installiert wird, sind wir sicher nicht dagegen, wäre dieser vielleicht wirklich eine interessante Alternative. Aber noch wichtiger ist die Grundeinstellung dazu, um einfach die

Rahmenbedingungen zu verbessern. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch einer von euch? Welcher? Ihr müßt euch einigen. Mir ist ein jeder recht.

GEMEINDERAT

SIEGFRIED STIEGLITZ:

Zur Kollegin Frech möchte ich noch etwas sagen. Es hat ja vor meiner politischen Tätigkeit in Steyr das sogenannte Lenkungsteam gegeben. Das hat sich aus Fachleuten und Gewerbetreibenden der Steyrer Wirtschaft zusammengesetzt. Man hat viel getagt, man hat viele Ideen gehabt, man hat ein Konzept entwickelt. Meines Wissens konnte dieses aufgrund der fehlenden Mittel nicht umgesetzt werden. Man hat viel gemacht, da ist nichts rausgekommen, weil die Mittel nicht vorhanden waren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So, meine Herrschaften, nachdem dem Bürgermeister zusteht, sich dazu auch zu äußern, möchte ich mich gleich zu dem äußern, was sie gesagt haben, Herr Stieglitz. Sie haben das offenbar nicht bis zum Ende verfolgt. Natürlich gibt es den Lenkungsausschuß, nicht, „den hat es gegeben“. Den gibt es immer noch. Als Ausfluß dieser Aktivitäten - da waren 100 Leute in 10 Arbeitskreisen zusammen, die viele Stunden gearbeitet haben - ist die Imagekampagne für die Stadt Steyr umgesetzt worden. Die letzte Plakataktion, Kultur mit der Stimmgabel, ist übrigens noch überall sichtbar, das zum einen. Zum anderen wird das natürlich auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden. Es gibt hier auch eine rege Sitzungstätigkeit. Die haben auch schon sehr konkrete Vorstellungen, in welcher Weise diese Kampagne fortgesetzt wird.

Wir haben jedenfalls dafür 1,5 Mio. S im heurigen Jahr aufgeboten und im Gemeinderat dafür beschlossen. Und dann ist das ausgegeben worden. Durch verschiedene Aktivitäten ist dieser Betrag auf über 2 Mio. S aufgestockt worden. Das ist voll umgesetzt worden. Das möchte ich schon sagen. So ist es nicht, daß da nichts geschehen ist. Es ist auch keine politische Aktivität gewesen, sondern eine unter Einbeziehung von Leuten aus der Wirtschaft, Behörden, Fremdenverkehr, aus allen Bereichen. Das hat sich eigentlich ganz gut entwickelt und wird sich sicher gut weiterentwickeln. Vielleicht setzten sie sich da einmal mit Herrn Schipek Peter ins Einvernehmen. Das ist nämlich derjenige, den wir für die Federführung dieses Projektes finanziert haben. Und dieses hat S 250.000,-- gekostet.

Dann haben wir noch eine Studie finanziert. Die hat weitere S 250.000,-- gekostet, und 1 1/2 Mio. S haben wir lockergemacht - damit einmal der gleiche Wissensstand da ist - wir werden das auch fortsetzen.

Die Frage „Wirtschaftspolitik durch eine Stadt“ ist ja hochspannend. Darüber können wir gerne diskutieren und debattieren. Aber wenn ich gerade die Sager aus dem Lager - aus eurem Lager - oder

auch aus dem Liberalen Bereich höre, dann ist ja eigentlich eher immer die Position vertreten worden, daß die Politik sich gefälligst nicht in die Wirtschaft einmischen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die Rahmenbedingungen ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, das ist klar - die Rahmenbedingungen! Das ist mir ja klar! Und da müssen wir einen Wirtschaftsausschuß dafür gründen?! Einen 11. Ausschuß machen, um zu reden?! Bitte sehr, z. B. ist Bodenpolitik in einer Stadt in hohem Maße Entwicklungspolitik, natürlich auch Wirtschaftspolitik. Wir reden von Grundstücken, die wir zur Verfügung stellen sollen. Ja bitte sehr, wie ist denn das möglich?! Da muß man sie zuerst haben. Die Bauern rundherum, die haben eh alle Grundstücke. Wieso funktioniert das eigentlich nicht ohne uns?! Wieso müssen wir auf einmal Wirtschaftspolitik betreiben?! Ja wahrscheinlich geht es um Grundstücke, die ansiedlungswillige Unternehmen sich leisten wollen. Und da sind selbst die Betuchtesten plötzlich der Meinung, daß das sehr billig sein soll. Offensichtlich ist es notwendig, hier teure Grundstücke zu kaufen, um sie dann billig für Betriebsansiedlungen weiterzugeben. Solche Dinge muß man da diskutieren! Wie locken wir die Investoren sozusagen nach Steyr? Das ist ein umfassendes Gebiet. Das geht natürlich über die Bildung, Weiterbildung, Fortbildung bis hin zum kulturellen Angebot in einer Stadt.

Es gibt natürlich hier Organisationen, die sich quasi als einzigen Vereinszweck mit dem beschäftigen. Ich denke da z.B. an die Wirtschaftskammer, die eigentlich sonst nichts anderes tut, als sich um die Wirtschaft zu kümmern. Eine Institution, die auf dem Gebiet beträchtliche Erfahrung hat.

Ich muß sagen, es gibt einen Tourismusverband, der sich - und das ist wiederum sein Vereinszweck - um den Tourismus kümmert. Das ist auch nicht irgendeine papierene Organisation, sondern da sitzen Gastronomen und Hoteliers drinnen. Da sitzen alle, die in diesem Umfeld ihre wirtschaftlichen Beziehungen und ihre Interessen haben drinnen. Die haben eine rege Sitzungstätigkeit. Es ist auch hier eine entsprechende Beschickung dieser Tourismuskommission mit Mitgliedern der politischen Fraktionen in diesem Hause per Gesetz vorgesehen, und das findet bereits alles statt.

Ich muß nur eines sagen, diejenigen, die sich bisher mit dieser Materie beschäftigt haben, sind natürlich schon in einer jeden Menge von Ausschüssen und Gremien unterwegs und tätig. Es ist natürlich jedem freigestellt, sich durch besonderes Engagement, auch in diesen Geschäftsfeldern und Bereichen der, wollen wir Mittelbahnpolitik sagen, so müßten wir das eigentlich nennen, dort zu betätigen. Das ist keine Frage.

Ich persönlich glaube nicht, daß die Wirtschaft Freude hätte, wenn wir uns auf einmal in die wirtschaftlichen Belange der Unternehmungen und Betriebe hineinbegeben würden. Das kann auch nicht unsere Aufgabenstellung sein. Es sind die Rahmenbedingungen, um die es geht. Und alle diese Rahmenbedingungen fließen auch so aus einem Budget und aus Nachtragsvoranschlägen, wie wir heute einen diskutiert haben, heraus. Solche Dinge werden im Finanz- und Rechtsausschuß sehr konkret beraten und auch beschlossen. Darunter verstehe ich Wirtschaftspolitik! Einen eigenen Wirtschaftsausschuß zu machen, das würde ich eher als einen zusätzlichen „Papier-Tiger“, als eine

Aufblähung unserer Bürokratie sehen. Ich sage das ganz offen.

Wenn wirklich die Meinung vorherrschend ist, daß man das tun möchte, werde ich das nicht aufhalten. Dann gibt es halt auch noch einen Wirtschaftsausschuß. Aber es wäre schon spannend, was dort alles wirklich, die Wirtschaft betreffend, noch debattiert werden soll, denn die bestehenden Ausschüsse bieten ein ausreichendes Betätigungsfeld, um alle diese Themen auch wirklich zu bereden, zu beraten, zu beschließen und für den Gemeinderat vorzubereiten. Letzten Endes ist ja der Gemeinderat das Organ, und Ausschüsse haben nur beratende Funktion. Das ist meine Sicht der Dinge.

Sollte aber der Wunsch von einer oder mehreren Fraktionen weiterhin bestehen, so rate ich an, das zum Thema in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zu machen. Da können wir das wirklich tiefschürfend diskutieren.

Es geht nämlich auch darum, einmal genau zu wissen, was wir denn dort wirklich alles an Themen und in welcher Tiefe usw. behandeln möchten. Mir ist das beim gegenwärtigen Stand, muß ich sagen, ein bißchen zu allgemein. Also bitte die Anregung aufzunehmen, wenn ihr das weiterverfolgen wollt, um das dann in die Fraktionsvorsitzendenkonferenz einzubringen. Dort können wir das diskutieren.

Ich darf nunmehr die Frage stellen, ob es ein weiteres Thema in der „Aktuellen Stunde“ gibt. Dieses scheint nicht mehr der Fall zu sein. Damit sind wir wirklich am Ende unserer heutigen ersten Arbeitssitzung gelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 17.46 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR. Anton Obrist eh., GR Martin Fiala eh.

Elke Kotas eh., GR Beatrix Toman eh.